

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Bräunerstr. 1/2, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Auch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.98, wo keine Post am Orte, M. 3.54.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbedingungen für die auswärtige Abnahme: Bei den auswärtigen Postämtern 40 Pf. pro Quartal, 1.20 M. pro Halbjahr, 2.40 M. pro Jahr. Bei den Postämtern für die Provinz 15 Pf. pro Quartal, 45 Pf. pro Halbjahr, 90 Pf. pro Jahr. Bei den Postämtern für die Provinz 15 Pf. pro Quartal, 45 Pf. pro Halbjahr, 90 Pf. pro Jahr. Bei den Postämtern für die Provinz 15 Pf. pro Quartal, 45 Pf. pro Halbjahr, 90 Pf. pro Jahr.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Exp. dition 1206.

Nr. 8.

Breslau, Freitag, den 10. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Reichstag.

Der Reichstag, der gestern wieder zusammentrat, kann in wenigen Tagen seinen ersten Geburtstag feiern. Doch wahrlich nicht mit Hochgefühl erinnert sich die bürgerliche Mehrheit jener Tage des Januar 1912, die der Sozialdemokratie ihren gewaltigen, alle Erwartungen überragenden Erfolg brachten. Daß die schwarz-blauen Parteien nicht gerne der Wahlen gedenken, bei denen sie die Herrschaft in der deutschen Volksvertretung verloren, ist menschlich begreiflich. Aber, weil es ein Trost für Unglückliche ist, Gefährten ihrer Leiden zu haben, blicken sie mit kaum verhehelter Genugtuung auf die nationalliberale Partei. Auch sie hat es noch nicht gelernt, sich im neuen Reichstag so recht wohl zu fühlen. Die Hoffnung, daß sich sämtliche Leittragende der vorjährigen Januarwahlen zu einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, und daß die schwarz-blauen Parteien auf diese Weise, mit Hilfe der Nationalliberalen, ihre Herrschaft wieder aufzurichten, ist noch nicht geschehen. Und so soll erreicht werden, daß die Wahlen und der in ihnen zum Ausdruck gelangte Wille der Wähler auf den Gang der deutschen Politik keinen Einfluß ausüben, der den Geschlagenen vom Januar 1912 mißfällt.

Die ganze deutsche Politik ist nichts als ein kunstvolles System, ausgedacht und errichtet zu dem Zweck, dem Volkswillen jede Geltung zu verweigern. Intrigieren Schwarz-Blauen und Liberalen mit einander, um durch allseitige Parteilichkeiten den Wahlkreis nach links wieder weitzumachen, so sehen die von Preußen geführten verbündeten Regierungen ihre Hauptaufgabe darin, die Bedeutung der Volksvertretung im deutschen Verfassungsleben so tief wie möglich hinunterzudrücken. Man kann ja wohl nichts dagegen tun, daß zur Schaffung von Reichsgesetzen die Mitwirkung des Reichstags notwendig ist, aber das Parlament soll niemals und nirgends die Führung haben, es soll nichts anderes sein, als ein einseitiges Mittel zu umgehenden Hilfsorgan der regierenden Bürokratie. Seine positive Arbeit soll sich darauf beschränken, die Vorlagen der Regierungen anzunehmen, während umgekehrt jeder Anregung seiner Mehrheit und ihren Beschlüssen ein planmäßiger und konsequenter Widerstand gesetzt wird.

Man braucht nur an die Duellfrage, die Jesuitenfrage, die Frage der Besitzsteuer zu erinnern, um zu erkennen, wie in diesen wichtigen Fragen nicht mit dem Reichstag, sondern geradezu gegen den Reichstag gearbeitet wird. Jeder Mehrheitsbeschluss, an dem die Sozialdemokratie beteiligt ist, wird grundsätzlich mißachtet, jedes Minderheitsvotum, hinter dem die Konservativen stehen, hat aber auf die ängstlichste Berücksichtigung seitens der verbündeten Regierungen zu rechnen.

So hat die Fraktion der Hundertzehn auf einem überaus schwierigen Terrain zu kämpfen. Sie muß einmal mit dem Bestreben der Schwarz-Blauen und des rechten Flügels der Nationalliberalen rechnen, sie in allen Fragen auszuschalten und zu isolieren. Sie muß aber auch weiter darauf gefaßt sein, daß ihr selbst dort, wo es ihr gelingt, eine Mehrheit um sich zu gruppieren, der positive Erfolg versagt bleiben wird, da die Regierungen einen solchen, mit ihrer Hilfe gefassten Mehrheitsbeschluss nach Möglichkeit ignorieren. Die Möglichkeit erfolgreicher Aktion bleibt für sie auf ein sehr enges Gebiet beschränkt. Sie kann unter Umständen vorkühnliche Gesetzesvor schläge zu Fall bringen, und sie kann in notwendige, von der Regierung selbst eingebrachte Gesetze nützliche Bestimmungen hineintragen helfen — freilich auch nur mit der Gefahr, daß dann der Bundesrat das Ganze an diesen Änderungen scheitern läßt.

Wo die Sozialdemokratie nicht die Ablehnung schlechter Gesetze herbeiführen oder Regierungsvorlagen verbessern kann, da bleibt sie im wesentlichen auf die agitatorische Tätigkeit beschränkt. Auch ihre Anträge, die in allen anderen Fällen entweder an den Klippen der bürgerlichen Mehrheit oder im Bundesrat scheitern, dienen mehr zur Maskierung ihrer grundsätzlichen Stellungnahme als den positiven Zwecken der Gesetzgebung. Dadurch hören sie natürlich nicht auf, nützlich und notwendig zu sein, denn einmal dienen sie dazu, das herrschende System zu demaskieren, zum anderen leisten sie auch gedehliche Vorarbeit für eine Zukunft, in der man der Stimme der Völker in höherem Maße Gehör schenken wird, als man es jetzt noch nötig zu haben glaubt. Nehmen wir, als eines von vielen, nur das kleine Beispiel der Herabsetzung der Altersversicherungsgränze, für die sich die sozialdemokratische Fraktion mit fieberhaftem Eifer einsetzt, an. Der Tag wird kommen, an dem die Regierung selbst die Herabsetzung wird beantragen müssen, wo der Reichstag sie zum Beschluß erheben wird, und dieser positive Gesetzesbeschluss wird dann ein Erfolg der sozialdemokratischen Agitation sein. Oder erinnern wir nur an die im vorigen Reichstag erfolgte Verbesserung der Sozialversicherung, die ohne die Sozialdemokraten noch lange nicht Gesetz geworden wäre.

Daß dieser mühsam erlängte Schneefortschritt den vorwärts drängenden Wünschen der Massen nicht genügen kann, ist selbstverständlich. Es wäre wahrlich schlimm, wenn sich das Volk mit dem Reichstag, wie er ist und wie er arbeitet, zufrieden geben sollte. Nur muß die berechtigste Unzufriedenheit den wahren Grund dieses unbefriedigenden Zustandes erkennen, und der liegt darin, daß der Reichstag noch kein Parlament im europäischen Sinne ist und daß 110 immer noch bedeutend weniger sind, als 287!

Das dem Reichstag von der Regierung vorgezeichnete Pensum umfasst außer der Fertigstellung des Stats vor allem das Patenteinmonopol, die Reform der Konkurrenzklause und das vom vorigen Jahre restierende Gesetz über die Reichsangehörigkeit, außerdem einige kleinere Vorlagen. Dazu wird noch — zur Abwechslung — eine neue Militärvorlage kommen. Was aus der Besitzsteuer werden soll, schwebt dagegen noch völlig im Dunkel.

Außerdem will sich der Reichstag die Zeit nehmen, einige Initiativanträge der Fraktionen zu beraten, von denen der Wahlrechtsantrag der Sozialdemokraten der erste sein sollte.

Die Interpellation ist noch vor Weihnachten von einer Sitzung zur anderen auf der Tagesordnung weiter geschleppt worden, bis schließlich am Todestage des bayerischen Prinzregenten die ganze Tagesordnung auf den Januar verschoben wurde. Diese verspätete Behandlung ist aber irrtümlich keineswegs überflüssig gewesen; denn wenn auch der Uebelstand inzwischen seine Schärfe eingebüßt hat — er bleibt doch im Grunde bestehen, da seine tiefere Ursache, die fehlerhafte und unvollkommene Organisation der Eisenbahnverwaltung, bestehen bleibt. Man weiß: in jedem Augenblick kann die latent vorhandene Krankheit wieder ausbrechen.

Es wäre deshalb nicht schlecht gewesen, wenn das Haus seine Teilnahme an den Verhandlungen etwas lebhafter bezeugt hätte. Die Aufmerksamkeit war gering, und die Redner aller Fraktionen hätten mit einer gewissen Anruhe der nicht eben zahlreicheren Hörer, wenn man von „hören“ überhaupt noch sprechen darf, zu kämpfen. Das aktuelle Interesse fehlt.

Unser Genosse König, der die Begründung der Interpellation übernommen hatte, konnte sich trotz der Schwierigkeit des Gegenstandes und der äußeren Umstände durchsetzen. Seine vorzügliche Kenntnis des Materials kam ihm dabei sehr zu statten. Mit ruhiger Bestimmtheit trug er die gut geordneten Tatsachen vor, und zog aus ihnen allgemeine Schlüsse auf den Charakter und die Qualität der preussischen Eisenbahnverwaltung. Er besprach dabei besonders die Wirkung der Verkehrsalamität auf die Arbeiterverhältnisse und forderte aus diesem Anlaß auch eine Entschädigung für die Vergleite, deren Lohnverlust außerordentlich ins Gewicht falle. Darüber hinaus zeichnete er die Grundzüge einer weitestgehenden Verkehrsreform, wie sie in Preußen nicht betrieben wird.

Die Regierung machte sich die Antwort überaus leicht. Der Präsident des Reichseisenbahnamtes sagte etwa: Der preussische Eisenbahnminister ist nicht hier, weil der Reichstag die preussische Seite der Frage nicht interessiert, und das Reichseisenbahnamt hat sich nichts vorzuwerfen. Das war der wesentliche Inhalt seiner Erwiderung, die im übrigen natürlich alles Schwarze in Rosa malte.

Die Herren Dr. Bell vom Zentrum und Schwabach von der nationalliberalen Partei redeten längere Zeit um die Sache herum, wobei der Zentrumsredner noch besonders das Dreiklassenhaus gegen die allzu gerechten Angriffe unseres Redners in Schutz nahm. Unter stärkerer Betonung der agrarischen Interessen sprach dann Graf Kanitz. Der Fortschrittler Dore dagegen entwickelte mit guten Gründen die Forderung nach einem Reichs-Eisenbahngesetz, das die Rechte des Reichseisenbahnamtes endlich klärtellen soll.

Nach einigen Bemerkungen des Polen Sojnski über die Zustände in Oberschlesien wurde die weitere Debatte auf Donnerstag verlagert. Von unserer Seite soll noch Genosse Dittmann sprechen. Im übrigen steht die Tagesordnung die erste Lesung der Gesetzesentwürfe über die Konkurrenzklause und die Jugendgerichte vor.

Politische Uebersicht.

Preussenschlacht nach dem Preusentag.

Kaum war der dem Kampf gegen die preussische Junkerherrschaft gewidmete Preusentag auseinandergegangen, da begann das Dreiklassenhaus wieder seine angenehme Tätigkeit. Zunächst sollte sein spiritus rector Reich die Beschuldigung gegen den Breslauer Magistrat zurücknehmen, als ob der im Geist Jagoms seinen Generalsverweirner das Koalitionsrecht konstatieren hätte, und dann hielt der Finanzminister Lenz seine Staatsrede. Der Stand der Staatsfinanzen ist so glänzend, daß sogar die seit 1900 ungetroffene Tilgung des Staatsschulds aus den Ueber-Überschüssen wieder aufgenommen werden kann

— aber Leuerungszulagen für die Beamten und Unterbeamten, dazu langts nicht. Die Aussichten für 1913 sind glänzend, die Agrarier heimfen eine Reformerte ein, aber — vom Abbau der Steuerzuschläge und erst recht von einer Stinauffhebung der unteren Besteuerungsstufe ist keine Rede. Bei der Erhöhung der Zivilliste für S. M. in wirtschaftlich weit ungünstigerer Zeit man weniger bedenklich! Für den Jugendfang, zur Entfremdung der Arbeiterjugend vor ihren Interessen und der Gedankenwelt ihrer Eltern, wird wieder eine Million mehr — nicht zum geringsten Teil aus den Taschen der Arbeiter — eingestellt! Es kommt dem altpreussisch-spar-samen Herrn Lenz auch auf noch ein paar Millionen mehr für diesen löblichen und moralischen Zweck nicht an. Da kann ja vielleicht der Zuschuß zu den Hauptmannspensionen der königlich preussischen Jugendpfergeräte bald wieder einmal aus Steuergeldern lässig erhöht werden!

Am Sonnabend beginnt die Statsbera-tung. Und sie wird nicht nur, wie das das Landes so der Brauch ist, ein fröhliches Fagen der Junker und Heiligen auf die Volksmehrheit werden — es wird ihnen und ihrem Lenz auch die Antwort zuteil werden, die das entrechtete Volk erwartet.

Die armen treuen Junker.

Die Konservativen haben am Dienstag in Hannover einen sogenannten „Parteitag“ abgehalten, der von etwa 1500 zuverlässigen, von allen Seiten zusammengetriebenen Personen besucht war. Dieser „Parteitag“ hatte natürlich nur die Aufgabe, sich für die Ausführungen der im voraus bestimmten Redner zu begeistern und eine ihm vorgeschlagene Resolution ohne Gegenrede einstimmig anzunehmen. Herr v. Oldenburg-Jamischau verteilte bei dieser Gelegenheit das beliebte Thema vom Reutnant mit dem geht Mann, indem er ausführte, die Junker seien arm, weil sie treu seien; sie blieben dem Staat, ohne sich um Politik zu kümmern. Die Verfassung habe er, der Redner, erst als Amtsvorsteher beschworen, als Offizier nicht. Das kann nur heißen, daß die armen, treuen Junker in Offiziersuniform auf die Verfassung pfeifen, und daß jeder Reutnant, wie Herr v. Oldenburg schon einmal im Reichstag sagte, bereit ist, den Reichstag zu schließen, wenn Seine Majestät es verlangt.

In recht niedlicher Weise verpötelte dann Herr v. Oldenburg die liberalen Männer, die, sobald sie Minister würden, konservativ werden. Einer dieser schätzenswerten Exemulare, der früher den Freisinnigen nahestand, habe schon vierzehn Tage nach seiner Ernennung „Kreuz- und Deutsche Tageszeitung“ als die einzig lesenswerten Blätter bezeichnet. Eine Reform des preussischen Wofrechts bezeichnete Herr v. Oldenburg als ganz überflüssig; wahr-scheinlich befindet er sich auch da in Uebereinstimmung mit jenen „liberalen“ Ministern, deren Anpassungsfähigkeit my Recht den Spott der armen, treuen Junker erregt.

Herr Stroffer feierte die Gemeinschaft mit dem Zentrum und prophezeite den Sieg der Konservativen bei den preussischen Landtagswahlen. Herr Diederich Hahn aber machte den Liberalen seine Komplimente und forderte die Herstellung der alten Arbeitsgemeinschaft der Schwarz-Blauen mit den Nationalliberalen. Man möge über Schiffer und Friedberg denken wie man wolle, mit ihnen lasse sich arbeiten. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die die Nationalliberalen Hannovers aufforderte, daß sie sich entsprechend dem Beispiel Westfalens und Schleswig-Holsteins wieder den allliberalen Tendenzen zuwenden und mit den Konservativen zusammen den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen mögen.

Zur Erklärung sei bemerkt, daß in Hannover 36 Landtagsmandate zu vergeben sind. Davon sind bei den Wahlen von 1908 18, genau die Hälfte, mit Konservativen und Freikonservativen besetzt worden. Bei den Reichstagswahlen von 1912 erhielten die Konservativen in Hannover von 389.000 abgegebenen Stimmen 61.000, also etwas über ein Zehntel. Die Nationalliberalen brachten es auf 147.000 Stimmen; bei den Landtagswahlen brachten sie es aber nur auf 14 Mandate, und die ihnen nahestehenden Fortschrittler mit 46.000 Stimmen bekamen überhaupt kein Mandat. Der Liberalismus ist in der Provinz Hannover dreimal so stark wie die Konservativen, aber er hat vier Landtagsmandate weniger. Und damit es so bleibt, soll er den Konservativen helfen, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, die mit 187.000 Stimmen als stärkste Partei der Provinz ein einziges Mandat besitzt.

Man sehe die Junker sind zwar arm und weu — aber sie besitzen ihr Geschäft!

Bankenbrüche im Jahre 1912.

Wahrlich lang ist die Reihe der Zusammenbrüche von Bankhäusern im Verlaufe, weil allerdings zu berücksichtigen ist, daß im besten Grade bei Börsenschwüngen letzten Monats geschehen sind die Dinge wohl so, daß diese Bankhäuser neben anderen insolventen Organismen auch andere Mittel

Ihre Spekulationsgeschäfte ihrer Kunden festgelegt hatten, von denen sie nach den Kursstürzen keine weiteren Einzahlungen erlangen konnten, während sie selbst die Forderungen der Gläubiger auf Nachschüsse erfüllen mußten. Manche der Zusammenbrüche waren wahrscheinlich auch sonst unvermeidlich gewesen, da die beteiligten Unternehmungen zum Teil fast geschwächt oder schon der Auflösung verfallen waren, aber zum mindesten wurden sie durch die wiederholten Kursstürze nach Ausbruch des Balkankrieges beschleunigt.

Im Januar 1912 wurde der Konkurs über das Vermögen der Bankdirektoren in Altpolowitz eröffnet, im Februar geriet die Bankfirma Sorauer u. Partner in Preußen in Zahlungsunfähigkeit, demselben Schicksal verfiel im Mai die Bankfirma W. Müller in Posen, in dem gleichen Monat wurde die Insolvenz der Bankfirma G. Kienast in Berlin bekannt, Mitte Juli erfolgte der Konkurs des Bankhauses Knapp u. Thomas in Jauer. Der August brachte die Konkursöffnung über den Nachlaß des Bankiers Hugo Kiedan in Berlin, im September wurde die Insolvenz der Bankfirma F. C. Joergel in Baden-Baden bekannt. Aufsehen erregte im Oktober der Entschluß des angesehenen Bankhauses P. H. Apelt u. Sohn in Halle a. S., in Liquidation zu gehen. Ende desselben Monats begannen sich die Bankfirmen zu mehren; so wurde am 21. Oktober die Insolvenz der Bankfirma Wefemann u. Langguth in Köln bekannt, am 24. Oktober trat die Insolvenz der Bankfirma F. W. Welf in Hildesheim ein, ein nachher ein Jahr auf die Folgen der Firma vorübergegangen war. Am 25. Oktober folgte die Insolvenz der Magdeburger Fintungsbank und die der Bankfirma Fr. v. Einem in Reichensbach i. Schl., schließlich stellte am 28. Oktober die Erfurter katholische Spar- und Darlehnskasse ihre Zahlungen ein. Besonders in Schlesien häuften sich die Konkurse von Bankfirmen, am 4. November geriet die Firma Richard Sengeller in Falkenberg a. O. S. und Ernst Raymond in Liegnitz in Zahlungsunfähigkeit, am 8. November mußte ihre Insolvenz die Bankfirma W. Mann u. Konsky in Frankenstein in Schlesien erklären, am 9. November folgte der Konkurs der Bankfirma Strauß u. Heberlein in Glesch und der Bankfirma Carl Stecher in Aden. Drei Insolvenzen wurden am 15. November bekannt, und zwar die der Bankfirma Hilmar Roth in Breslau, Ernst Drama in Ostfriesland und der Bank Ludwig, e. G. m. b. H. in Bochum. Am 19. November ging der Bankrott Krähnfeld, K. S. in Konkurs, am 22. November die Genossenschaftsbank des Zentrums, am 30. November erklärte die Münchener Bankfirma Kuer u. Pels ihre Insolvenz. Der Schlußmonat des Jahres 1912 brachte die Kunde von der Zahlungsunfähigkeit der Berliner Bankfirma Samuel Zielenziger und der Bankfirma Felix Raumann in Berlin.

Gleich zu Beginn des Jahres 1913 erfolgten neue Bankbrüche. Das seit dem Jahre 1870 bestehende Bankhaus Joseph Gerhart in Kaufbeuren schloß seine Kassen, der Inhaber Julius Gerhart nahm sich das Leben. Selbstmord beging auch der Bankier Joch, der Inhaber der Bankfirma Joch u. Schuler in Kaufbeuren, die gleichfalls zusammengebrochen ist.

Mit jedem Zusammenbruch eines privaten Bankgeschäftes wird das Mißtrauen des Publikums gegen private Bankunternehmungen nachgetrieben und auch auf diese Weise die Systemlosigkeit privater Bankhäuser ersichert. Ihre Opfer sind die großen Aktienbanken, denen es bei dem an sich überschneidenden Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe bald an Objekten zu Fusionsen fehlen wird.

Zur Finanzminister-Konferenz,

die vor einigen Tagen in Berlin stattfand, wird der „Straßburger Post“ offenbar offiziös geschrieben:

Wir sind von zuständiger Seite ermächtigt, zu erklären, daß von einem Scheitern der Verhandlungen nicht die Rede sein kann. Auf Grund des Meinungsaustrausches, der unter den Finanzministern stattgefunden hat, geht nämlich das Reichshauptamt jetzt an die Ausarbeitung einer Steuerreform an die Bundesrat und Reichstag. Neben der Inhalt verläuft noch nichts, man wird aber kaum irren in der Annahme, daß mehrere Steuerpläne zu einer Vorlage verbunden werden, wie denn ja auch die Entschließung des Reichstags eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besteuerung verlangt. Die Finanzminister haben für ihre Regierungen vorläufig völlig freie Hand vor behalten, da es ja nicht zuletz auf die Ausgestaltung der Vorlage ankommt, auf Einzelheiten, die auf die Finanzgebarung in den Bundesstaaten möglichst eine größere Einwirkung ausüben, als sich jetzt schon voraussehen läßt. Jedenfalls wird der Bundesrat seine Zustimmung, bis zum 30. April d. d. Besteuerungsreform an den Reichstag zu bringen, er-

füllen. ... Es versteht sich von selbst, daß den Bundesstaaten, die sich meist in keiner glänzenden Finanzlage befinden, nichts Unbilliges zugemutet werden kann. Die einfache des laufenden Rechnungsjahres (1. April) abhaken. Diese Entwicklung ist bisher so günstig gewesen, daß eine Mehreinnahme über den Staatsvoranschlag von mindestens 80 Millionen Mark zu erwarten ist. ... Hinsichtlich der Finanzentwicklung im Reich erscheint die Besteuerung weniger dringlich als man bisher angenommen veranlaßt war. Ihre Lösung im Reichstage wird daher Lösung der Besteuerung wäre freilich die Erbschaftsteuer, aber diese wird wohl in der von der bürgerlichen Linken gewählten Form nicht enthalten sein, da sie dann von der Rechten und dem Zentrum abgelehnt werden würde. ... Ob der Reichstag sich in dieser Session noch mit der Besteuerung vorlage beschäftigen wird, dürfte von der Entwicklung der Reichsfinanzen bis zum Abschluß möglicherweise erst in der nächsten Winterlage in Angriff genommen zu werden brauchen. Kommen muß die Besteuerung — als notwendiger Ausgleich für die Verlastung der minderbemittelten Klassen durch die Finanzgebarung des Jahres 1908.

Aber wie sie aussehen wird, das steht dahin!

Die nächste Sitzung des Reichstages ist auf Mittwoch, den 29. Januar, anberaumt worden. Zur Beratung werden gelangen, das Wasserrecht, das Schlepplumpenrecht, das nieder-rheinische Entwässerungsgesetz, das Marweggesetz, das Fortbildungsgesetz und keine Vorlagen.

Finanzgarant. Parteitag der Nationalliberalen und Christlich-Sozialen hat den bisherigen Sagen der Oberbürgermeister Cuno, dessen 12jährige Amtsdauer abgelaufen war, gestützt. Als am 7. Januar d. J. die Neuwahl vorgenommen werden sollte, wurde mit 21 gegen 16 Stimmen die Ausschreibung abgelehnt. Daraufhin verließ die Minorität den Sitzungssaal. Mit 22 Stimmen wurde nun Cuno gewählt. Die links Sozialdemokraten stimmten für ihn. Cuno ließ der Stadtverordnetenversammlung mitteilen, daß er die Annahme der Wahl ablehne und in den Ruhestand zu treten wünsche.

Kapitalabfindung bei Unfallrenten. Der Bundesrat hat über die Berechnung des Kapitalwertes bei Abfindungen für Unfallrenten auf Grund der Reichsversicherungsordnung Beschlüsse getroffen. Danach ist, wenn die Abfindung im Laufe eines Jahres vom Unfalltag an gezahlt wird, das Kapital der Jahresrente zu setzen. Erfolgt die Abfindung später, so richtet sich das Abfindungskapital nach dem inzwischen erreichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltag verstrichenen Zeit.

Reine neuen Militärvorlagen? Die „Post“ brachte am Mittwoch nachfolgende Meldung: „Von hoher militärischer Seite erfahren wir, daß eine neue Militärvorlage in nächster Zeit, voraussichtlich noch im Monat Januar, dem Reichstage vorgelegt werden wird. Sie ist bestimmt, alle Lücken auszufüllen, die die letzte Militärvorlage noch hat bestehen lassen. Vor allen Dingen wird die Stärke der Kompanien so bedeutend erhöht werden, daß sie allen Anforderungen genügen und eine vorzügliche Ausbildung der Leute gewährleistet wird. Außerdem werden die fehlenden dritten Bataillone nachgefordert, die Kavalleriedivisionen schon im Frieden aufgestellt und die Ersatztruppen wie früher zu einer Ausbildung mit der Waffe einberufen. Die bereits bei einigen Armeekorps bestehenden, über die normale Zahl hinausgehenden Brigaden und Regimenter soll zu einem neuen Armeekorps zusammengefaßt werden. Auch den Wägen der Artillerie nach höherer Bespannung usw. wird durchaus Rechnung getragen werden.“ Dem gegenüber ist das Reichshauptamt von der zuständigen Stelle des Kriegsministeriums zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Nachricht erfinden ist.

Preussische Robuste. Der Wagenmangel im Ruhrgebiet hat für die dortigen Eisenbahnbediensteten eine ungeheure Mehrarbeit gezeitigt, für die eine besondere Entschädigung bisher noch nicht gewährt worden ist. Die „Berliner Volksstimme“ berichtet, daß der Herr Direktor Schweinburg verlinken nun mit großem Geschrei und mit heftigen Ausfällen gegen die sozialdemokratische Presse, die den überanstrengten Eisenbahnern ihr Lohn nunmehr werden soll. Dem preussischen Landtag wird nämlich ein Nachtragsetz zugehen, in dem nicht bloß 60 Millionen Mark für den Ausbau von Bahnhöfen, sondern auch 3 Millionen Mark für Beihilfen an Beamte wegen der hohen Preise der Lebensmittel und 700.000 Mark mit der Bestimmung, daß daraus dem bei der Bewältigung des überaus großen Verkehrs der letzten Monate fast angestrengten Personal der Eisenbahnerverwaltung Remunerationen gegeben werden sollen.

Bei den Beihilfen für die Beamten pflegen die besser bezahlten Beamten in der Regel nicht leer auszugehen, jedoch für die unteren Beamten meist nicht mehr viel übrig bleibt. Und vollends die 700.000 Mark für das Heer der unteren Beamten und Angehörigen, die wochenlang auf das schwerste angestrengt waren! Wie leicht ergibt sich die Möglichkeit, einmal festzustellen, was auf den einzelnen entfällt, die preussische Robuste würde dann gewiß im schönsten Glanze strahlen.

Noch ein sozialdemokratischer Stadterordneterverweigerer. In der Stadterordnetersitzung zu Kiel wurde der Genosse K. in d. H. L. zum stellvertretenden Stadterordneter gewählt. Auch die bürgerlichen Stadterordneten stimmten geschlossen für K. in d. H. L., nachdem vorher bei der Wahl des ersten Vorstehers die Sozialdemokraten geschlossen für den bürgerlichen Kandidaten gestimmt hatten.

Bei der nun folgenden Besetzung der Kommissionen wurde so verfahren, daß die bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadterordneten in möglichst gleicher Zahl in den Kommissionen vertreten sind. Bei der Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für höhere Schulwesen wurde mit 20 gegen 21 bürgerliche Stimmen der Genosse W. L. gewählt. Man darf indes neugierig sein, wie die Regierung sich in der Bestätigungsfrage verhalten wird.

Parteitag der elsass-lothringischen Zentrumspartei. Dinter beschlossenen Turen verarmten sich am Dienstag in Straßburg die elsass-lothringischen Zentrumspartei, um ihre Generalversammlung abzuhalten, auf deren Ausfall man sehr gespannt sein konnte. Mit kühnen Worten zog man auf dem Parteitag gegen die elsass-lothringische Regierung, die sich nicht ganz als Vorgesetzter des Reichstages betrachtete. Das Regierungssystem, das sich in der Angst vor Berlin und in der Angst vor der all-deutschen Hege und dem evangelischen Volksempfinden äußere, müsse von der Partei in allen Instanzen zurückgewiesen werden. Trotz der Niederlage der Zentrums in der Subjektmission in der Frage der Schöpfung der Reichsfinanzverwaltung werde man entgegen allen Beeinflussungsversuchen standhaft bleiben.

Auf dem Parteitag wurde ferner noch beschlossen, ein Parteisekretariat für Elsass-Lothringen zu schaffen, dem im ersten Jahre von der Organisation 5000 Mark zugewiesen werden sollen.

Der Kampf um das Mandat. Der sich festamerweise noch immer zur fortschrittlichen Volkspartei zählende und von dieser auch noch gebildete Abgeordnete Eichhoff muß einen heftigen Kampf um das ihm noch gebliebene Landtagsmandat führen. Eine starke Stimmung im Kreise will die Wiederstellung dieses wandelbaren Politikers hinterreiben und in seiner Mandat er sich an den Führer der Fortschrittler, den Abgeordneten Dr. Wiener, der ihm auch den Vorschlag tat, nach Solingen zu kommen und dort in einer liberalen Wählerversammlung zu reden. Abgeordneter Wiener sprach das Wort für ein Zusammengehen aller liberalen Richtungen aus und scheint erreicht zu haben, daß der Wählerkreis gegen die Kandidatur Eichhoff wesentlich abgeschwächt wurde. — Herr Eichhoff würde eigentlich gut tun, sich der freisonnerativen Partei anzuschließen. Allerdings winkt ihm dort kein Mandat und ohne Mandat ist dieser politische Streiter zur völligen Einflusslosigkeit verurteilt. Trotz der anscheinend erzielten Einigkeit ist aber dennoch die Wiederwahl des Herrn Eichhoff ganz außerordentlich in Frage gestellt.

Spionage-Prozess. Am 16. Januar beginnt vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichtes der Spionageprozess gegen den Kaufmann Willy Worg aus Bielefeld, der sich in Straßburg im Elss kurzzeitig in Haft befindet. Worg ist des Verrates militärischer Geheimnisse angeklagt.

Ausland.

Italien.

Ist der König wahlberechtigt? Die römische Kommission für die Aufstellung der Wählerlisten hat es für nötig gehalten, den König von Vint wegen als Wähler des Wahlkreises einzutragen, in dem er seinen Wohnsitz hat. Gegen diese Eintragung hat eine römische Zeitung, das „Avviso Romano“ Einspruch erhoben und sie ist in rechtsgültiger Form angefochten worden. Natürlich hat die Frage keinerlei praktischen Wert, da der König nie sein Wahlrecht ausüben wird. Das hindert nicht, daß man sich ziemlich lebhaft mit der Angelegenheit beschäftigt. Von einer Seite macht man geltend, daß die Eintragung des Königs in die Wählerlisten dem adelnden Menschenverstand widerspricht. Der König hat das Recht, die Kammer auszulösen und einzuberufen; welchen Sinn hat es überhaupt, ihm angehörs dieses und anderer aus der Souveränität folgenden Rechte die Möglichkeit zu verleihen, als einer unter 40 000 Wählern eines Wahlkreises Einfluß auf die Regierung auszuüben. Außerdem hat die Kammer die Aufgabe, die Tätigkeit der Regierung zu kontrollieren. Für den König, der nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, die Minister, die er für untüchtig hält, abzuberufen, wäre es sinnlos, gleichzeitig als Wähler das Recht der Kritik auszuüben. Ein König mit dem Wahlrecht des Wählers ist also dem Wesen der Dinge und dem Geiste der Verfassung nach ein Widerspruch. Rein juristisch betrachtet sieht sich die Sache etwas anders an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der italienische König lesen und schreiben kann, vollständig ist, sich des Besitzes der bürgerlichen Ehrenrechte erfreut und daß seine Geistesbestimmung ihm das Wahlrecht abwärts. In dem Sinne ist seine Eintragung berechtigt. Schließlich etwa die Zugehörigkeit zu einem der drei Organe der Verfassung: König, Senat, Kammer, die Beteiligung an den Funktionen der andern aus? Nach italienischem Rechte

Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johann Fallberger.

(Nachdruck verboten.)
„Es war kein, der Ais“, bemerkte Moritz.
„Ja, er war ein netter Bursche“, erwiderte der Direktor in Gedanken.
„Er sprach auf, wozu seine Karte und ging nach der Tür.“
„Ich komm mitkommen“, sagte er.
Anna-Lisa wandte sich ungeduldig kippelnd um, und Jann-Moritz packte seine Mütze mit beiden Händen und küßte sie auf den Kopf.
„Sie gingen hinaus und nach einem Schuppen. Der Direktor sprach. Moritz sah Anna-Lisa hinterher.“
„Ja dem Schuppen stand auf kleinen Steinen ein schwarzer Stein.“
Der Direktor blieb mit seiner ganzen Breite in der Tür stehen. Moritz war ihm dicht auf den Fersen und hatte sich auf seinen nach Doppelt verknüpften Fersen. Und Anna-Lisa kam lachend zur Tür und guckte hinein.
„Aber richtig sag sie den Kopf zurück... ihr war, als hätte sie einen Schlag ins Gesicht erhalten.“
„Ja, ja, ja“, jammerte sie.
„Da trafen der Direktor und Moritz langsam ein und schienen über an einer Seite des schwarzen Steins stehen. Anna-Lisa kam unbehellig hinterher.“
Der Direktor gab Moritz ein Zeichen, daß sie den Stein aufheben sollten. Und sie taten es.
„Anna-Lisa fand seltsames. Die Karte konnte ihr groß und groß sein, dem Bergarbeiter Moritz, wie sie von Schmutz über- wälzt wurde.“
„Ais, Ais, Jung, mein Jung!“
„Ais, Ais, mein Jung“, murmelte sie.
„Die Karten tröpfen schon auf das Leinwand. Und sie sprach mit dem trunkenen Finger behutlich über die Leinwand.“
„Ais, Ais, Jung, mein Jung!“
„Ais, Ais, mein Jung“, murmelte sie.
„Die Karten tröpfen schon auf das Leinwand. Und sie sprach mit dem trunkenen Finger behutlich über die Leinwand.“

Der Direktor stand in banger Hast, sie konnte sehen, wie das Haupt vom Stumpfe getrennt war — es war nur mit dem Leinwand darangehängen.
„Ja dem Schuppen wurde es ganz still.“
Der Direktor blinnte zu Boden. Jann-Moritz stand tief auf einem Stein in Kammer Trauer da.
„Aber was brauchen her schalte der Säen von Faustschlägen auf das Gesicht... der Klang von den Schindeln... und harte Männerrufe. Die große Erzbergmaschine war wieder im Gange und lachte ins Gebirge hinaus.“
Anna-Lisa richtete sich auf... Da sah sie, daß der eine Arm der Leiche fehlte — es lag ja nur einer auf der Brust.
„Wo ist der andere Arm?“ fragte sie.
Der Direktor antwortete nicht gleich. Er wußte nicht recht, was er sagen sollte.
„Der ist lapmt gegangen“, muß es endlich zögern.
„Aber...“
„Ais, Ais, Jung, mein Jung!“
„Ais, Ais, mein Jung“, murmelte sie.
„Die Karten tröpfen schon auf das Leinwand. Und sie sprach mit dem trunkenen Finger behutlich über die Leinwand.“

Da wußte der Direktor sich keinen Rat mehr mit ihr. Und er stolperte hinaus und ging mit langen Schritten in das Kontor hinaus. Anna-Lisa blieb stehen und sah, ihm mit 50 Jahren nach.
„Satanstap“, rief sie. Aber er ging seiner Wege.
Als sie wieder in die Bergstätte kamen, waren nicht viele Leute da.
„Moa-Gans sah wie gewöhnlich am Ofen und rauchte. Er wandte den Kopf und blickte ihnen entgegen, einen brennenden Menschen in der Hand haltend. Und Ellen Bergstübemädel ging schweigend umher.“
„Anna-Lisa setzte sich auf eine Bank. Ad und zu wuschte sie mit den Fingern die Tränen von ihren grauen wirtbildren Wangen.“
„Moa-Gans erdrückte sich und löschte den Menschen indem er damit gegen den Ofen strich. Er ging um einen Tisch, nahm einen Kaffeekessel und setzte ihn auf Feuer.“
„Du wusch wohl einen Tröpfen Kaffee haben wollen, Anna-Lisa“, sagte er und blickte sich zu ihr nieder, auf Anna-Lisa wartend. Er war in letzter Zeit etwas schwerhörig geworden.“
„Wenn du so gut sein willst, Gans.“
„Es war nicht etwas Ruhe über sie gekommen.“
„Moa-Gans richtete sich auf seinen schwarzen Leinwand auf und sah sich um.“
„Wandern Menschen treffen harte Schicksalsfälle hier in dieser Welt, Anna-Lisa!“
„Er sog an seiner Pfeife und sprach aus.“
„Sie sah zu ihm auf.“
„Ja, es gibt harte Schicksale“, wiederholte er.
„Jann-Moritz ging umher und ordnete seine alten Kleider.“
„Aber richtig, Tags sollte er wieder zur Arbeit an die große Erzbergmaschine.“
„Ellen Bergstübemädel hatte Butter und Brot aus ihrer Kiste geholt und setzte beides auf den Tisch. Und sie lud Anna-Lisa zum Essen ein. „Du müßt versuchen, was zu dir zu nehmen“, sagte sie.“
„Die Ais schliefte sich an den Tisch. Sie war fast ge- wunden von der langen Wanderung über's Gebirge. „Gott ver- güt!“
„Sie steckte ein Stück Brot in den Mund. Drückte es mit den zahnlosen Fingern zusammen und wusch es im Mund hin und her. „So sah sie eine Weile da.“
„Es war ihr, als wüsste der Stein in ihrem Mund, daß sie ihn nicht hinunter- bringen konnte. Das Weiten hat ihr allgütige in der Hand.“
„Sie war mehr als satt von dem Jann-Moritz.“

nicht, denn die Senatoren können durch ihre Berufung in den Senat nicht das Wahlrecht verlieren. Man muß daher zu dem Schlusse kommen, daß dem Reich die Wahlrechte einverleibt sind, daß die Wahlrechte nicht durch die Verfassung widerlegt sind. Es ist daher ein Widerspruch, in der Eintragung des Verweises demokratischer Bestimmung zu sehen, wie dies von eifrigsten Seiten geschieht. Der König ist Wähler im Kreise des Sozialisten-Viertels, den er einst als Minister berufen wollte.

Die unterbrochenen Friedensverhandlungen.

In offiziellen Kreisen wird bestätigt, daß die Mächte gemeinsame Schritte bei der Fortsetzung eingeleitet haben, um diese zur Witterung Adrianopels zu bewegen. Hinsichtlich der Negativen Inseln herrscht unter den Mächten keine Einigkeit. Man ist verschiedentlich abgeneigt, die Inseln Griechenland zu überlassen. Man will ihnen eine gewisse Autonomie gewähren unter der Oberhoheit des Sultans.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß während der bevorstehenden Verhandlungen zwischen den dortigen Vorkämpfern und dem Minister des Äußeren folgender Vermittlungsvorschlag zur Erörterung gelangen soll:

Zur den durch die Festsitzung der Festsitzungsvorteile von Adrianopel freizubehaltenen Grund und Boden soll ein neuer Staat entstehen. Damit wäre die Möglichkeit der Schaffung zweier autonomen Stadtverwaltungen, der türkischen und der bulgarischen, geschaffen, die sich über gewisse städtische Angelegenheiten, insbesondere hygienischer und finanzieller Natur, zu verständigen hätten. Ein größeres Anleihen wäre von der Türkei und Bulgarien gemeinsam aufzunehmen, um die Kosten des geschätzten Planes zu decken. Für unmöglich hält man es hier nicht, daß in den allgemeinen Verhandlungen der Türkei zu Bulgarien schon in aller nächster Zeit eine so günstige Veränderung eintreten könnte, um an eine Durchführung eines solchen Planes zu denken.

Die „Königliche Zeitung“ veröffentlicht folgende Berliner Drahtmeldung:

Ueber die Einleitung direkter Gespräche zwischen Bulgarien und der Pforte wegen Adrianopels liegen an amtlichen Stellen bestimmte Nachrichten noch nicht vor. Es läßt sich auch noch nicht erkennen, welcher von den verschiedenen Lösungsvorschlägen für die Frage von Adrianopel die besten Aussichten hat. In mehr oder weniger akademischer Weise werden die verschiedenen Lösungsvorschläge zur Erörterung gestellt, so beispielsweise die Neutralisierung Adrianopels und die Entfestigung, oder eines Teiles der Stadt zwischen Bulgarien und der Türkei oder schließlich die Übergabe der Stadt an Bulgarien unter Vorbehalt eines exterritorialen Polizeibereiches zur Verfügung des Sultans. Ähnliche Gestaltung hat bisher keine dieser Möglichkeiten angenommen.

Serbiens Friedensliebe.

Das Wienerische Bureau erzählt, die Mächte werden offiziell mitgeteilt, daß Serbien zum Beweise seines guten Willens und im Interesse des allgemeinen Friedens sich das Opfer zu bringen entschlossen habe, unmittelbar nach Schluß des Friedens seine Truppen von der Küste des Adriatischen Meeres zurückzuführen. Die serbische Regierung hoffe, indem sie so handle, daß Europa von ihrer Mäßigkeit Kenntnis nehmen und keine weiteren Opfer verlangen werde, die außerhalb der Grenzen ihrer Macht sein könnten.

Vor Skutari.

Wie Wiener Blätter über Rom zu melden wissen, sollen zahlreiche albanesische Banden, die mit der türkischen Befehlung in Skutari zusammen operieren, die montenegrinischen Stellungen in weitem Umkreise eingeschlossen haben, so daß die Montenegriner genau so belagert wären, wie die Türken in Skutari. Die Montenegriner befinden sich in einer verzweifeltsten Lage, und da die Albanesen den Türken in Skutari immer frische Lebensmittel zuführen, kann sich die Stadt noch lange halten. — Eine Verstärkung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.

Oesterreich isoliert Montenegro

Cetinje, 8. Januar. Die österreichisch-ungarische Regierung hat die Grenze von Bosnien und der Herzegowina abgeschlossen, angeblich wegen der in Montenegro herrschenden Vorkämpferie. Auf diese Weise wird Montenegro allen Verkehres mit den genannten Provinzen beraubt. Von Seiten Montenegros wird zugegeben, daß tatsächlich sich einige Vorkämpfer ereignen hätten, in dessen sei die österreichische Maßnahme um so weniger gerechtfertigt, als Montenegro alles getan hätte, die Kranken zu isolieren und eine weitere Ausbreitung der Seuche zu verhindern.

Schwierigkeiten der Postbeförderung.

Safonik, 8. Januar. Die seitens der hier bestehenden fremden Postanstalten nach Cavalla und Debanagisch abgefertigte Post ist unverrichteter Dinge zurückgekehrt, weil die bulgarischen Behörden das weitere Funktionieren fremder Postanstalten in den von Bulgarien besetzten Gebieten nicht mehr dulden wollen.

Schlesien, Polen und Nachbargebiete.

Die „Niederlagen“ der Genossen fabriziert werden.

In Breslauer Blätter lesen wir folgenden Bericht über eine von den Sozialdemokraten in Wlitzig, Kr. Grünberg, veranstaltete Versammlung:

Mit einer eifrigsten Niederlage für die „Genossen“

Endete eine sozialdemokratische Versammlung in Wlitzig (Kreis Grünberg), in der Reichstagsabgeordneter „Genosse“ Davidsohn auf den Tisch ausging. Vor überfülltem Saale brachte der Berliner Sozialdemokrat in zwei stündigen Ausführungen seine Weisheit an. Doch regte sich nur höchster Beifall, als er endlich endete. — In der Diskussion sprach zunächst Oberamtmann Martics-Saarbar, der

einige agrarpolitische Forderungen des Sozialisten vertrat. Dann nahm Lokalredakteur Wilhelm Kube, Breslau das Wort zu einer ausführlichen Rede mit dem internationalen Republikaner. Der konservativste Redner behandelte das Doppelspiel der Sozialdemokraten in Stadt und Land, bewies dann an der Hand reicher volkswirtschaftlichen Materialien den Segen unserer Wirtschaftspolitik, die allen Ständen gerecht werde, zeigte die völlige Unkenntnis des Sozialdemokraten in der heimischen Geschichte wie in europäischen Wirtschaftswesen und schloß unter stürmischem Applaus seine Ausführungen mit einem Bekenntnis für den nationalen Staat gegen die rote Internationale, für die Einigkeit aller Stände gegen den sozialdemokratischen Klassenkampf und für eine starke Monarchie gegen die Republik des Zukunftsstaates. Dann brachte Lokalredakteur Kube ein Kaiserhoch aus, in das 140 von den etwa 150 Anwesenden begeistert einstimmten. Unter dem Gesänge der Nationalhymne verließ die Mehrzahl den Saal und ließen den Sozialisten mit einem kleinen Häuflein Getreuer allein. Bestiggen Unwille erregte es, als „Genosse“ Davidsohn während des Nationalgesanges wild auf eine Pause schlug, die neben ihm stand. Durch diese Verhöhnung der Nationalhymne hat sich dieser Vertreter des deutschen Volkes im Reichstage selbst gerächt. — Wir konservativen können jedenfalls mit der Abfuhr des Sozialdemokraten recht zufrieden sein.

Demgegenüber vergleiche man den Bericht über die Versammlung in unserem Hefigen Heftblatt:

Grünberg, 8. Januar. Soch, hoch! Dum, dum!

Rechten Freitag, Sonnabend und Sonntag hielten die Genossen des Grünberg-Kreis Kreises drei Versammlungen ab: in Wlitzig, Wlitzig und Wlitzig. In den Versammlungen, die alle drei sehr gut besucht waren, sprach der Vertreter des Kreises, Reichstagsabgeordneter „Genosse“ Davidsohn, über das aktuelle Thema: „Die politische Lage“. Ueber die ersten beiden Versammlungen ist nichts weiter zu berichten. Anders in Wlitzig. Dort kam die Sozialdemokratie, wie der Redner zu Anfang seiner Ausführungen sagte, das erste Mal seit Gründung der Welt in einer Versammlung zu Worte! Grund genug, daß alles, was blau und schwarz ist in jener Gegend, in Aufrucht geriet und daß ein höherer Schicksalplan entworfen worden war, den „Völkern“ das Wiederkommen gebrüg zu versetzen. In der von annäherlich 200 Personen besuchten Versammlung war auch ein Dutzend fähigster Männer unter Führung von zwei redgewaltigen Herren: dem Amtmann und dem Lehrer von Saarbar. — Nachdem der Redner die innere und die äußere Politik behandelt hatte und zum Schluß auf die preussische Wahlrechtsfrage eingegangen war, erbat der Herr Amtmann in der Diskussion das Wort. Seine „Rede“ bestand aus ein paar Blättern (Nebenstück, Marx, Kautsky), die der gute Mann flüchtig aus einem Buche vorlas, worfür ihm dermaßen großes Gelächter der besuchten Versammlung zuteil wurde. Aber dann! Als wieder mehrere Male Herr Kube, der — wie er selber erzählte — acht Semester Geschichte studiert hat, und nun als Lehrer in Saarbar, also nicht als Lokalredakteur des Westpreussischen Anzeigers, wirkte. Herr Kube sprach von sich immer: „Wir Bauern“, was sogar bei seinen eigenen Freunden ein bemerkenswerter Schmünzeln auslöste. Dieser Mann hatte den Mut, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie sei „einseitige Klassenpartei“. Und der Hochadel, in dessen Diensten Herr Kube steht? Wie steht es damit? Der „Lehrer von Saarbar“, der in acht Semestern Geschichte studiert hat, sieht alles richtig: Die deutschen Sozialisten brächen schier zusammen unter der Last des Goldes, das vom deutschen Volke (!) zusammengehört ist; wir haben auf allen Gebieten die herrlichsten Einrichtungen der Welt usw. Der „Bauer“ Kube hat auch Verständnis für die Industrie. Allerdings nur für die Moravia-Industrie. Deutschland, so lehrte Herr Kube, muß rüsten, weil es wegen des äußeren, und schon gar nicht wegen des inneren „Feindes“, sondern: damit die krüppeligen Arbeiter Beschäftigung haben! So ging es in die Ruppen weiter, mit Russen- und Franzosen-Beschimpfung, Vobühnen auf die jetzige Wahlrechtsfrage, Verhimmelung der Junker und der Hohenzollern, antimilitärischen Schimpereien (an denen es auch der Amtmann nicht hatte lassen), Verbeugungen und Schmünzeln, die der wackere Redner vom Stapel ließ. Zum Schluß kam der übliche Knalleffekt: Herr Kube brachte ein Hoch auf den Kaiser aus und hob an, das höchste Hoch zu singen: Deutschland, Deutschland über alles! Zufällig stand auf der Bühne neben dem Referenten eine große Baule. Die ergriff „Genosse“ Davidsohn und schlug den „Patrioten“ zu ihrem Liede hübsch den Laft, was ihm aus konservativem Munde statt des Dankes ein „Wuff!“ einbrachte, der überherrschenden Mehrheit der schmünzelnden Versammlung aber außerordentlich gefiel, denn gar zu lieblich schmolzen die Klänge des „Soch, hoch!“ und des „Dum, dum!“ ineinander. — Wer nun etwa glaubt, daß die Kube und Konsorten, denen völlige Redefreiheit gewährt war, die Entgegnung abzuwarten den Mut gehabt hätten, der läuft sich gewaltig. Kommt hier das von der Baule so schön besetzte Hoch verklingen, da kommandierte Herr Lehrer Kube zum Vortritt, und siehe da: seine würdigen Getreuen verließen wirklich mit ihm den Saal. Dabei ergriffen sich noch folgende komische Zwischenfälle: Der die Versammlung überwachende Sendarm sah auch dem Wink des Lehrers von Saarbar Folge leisten zu wollen, denn mit den anderen ging er dem Saalausgang zu, trotzdem die Versammlung selbstverständlich noch weiterging! Erst an der Ausgangstür lies dem Hüter des Gesetzes ein Zweifel auf, und recht spät kam er an sein Tischchen zurück. — Die Versammlung aber, wie gesagt, ging weiter. Als die zwölf Abgänger, die der Referent ihnen nach: „Wer kein Feigling und kein antiklerikaler Schwärmer ist, der bleibe!“ Und die Versammlung blieb zum Verger der Abgehenden beisammen und hörte unter Beifallsrufen die gepfeiften Schlusswörter des Referenten an. Schade, daß Herr Kube und die Seinen nicht das Hoch auf die Sozialdemokratie hörten, das am Schluß der Versammlung vom „Genossen“ Ungläubig (Wlitzig) ausgebracht, erbraute. — Und denn doch ganz anders erklang als wie vorher das Kaiserhoch. Der arme Herr Kube! Er hatte geschofft, die Versammlung sprengen zu können, aber er mußte das Feld räumen, ohne diesen Lobbeer einzuhelmeln. Die Mitglieder heiden sich aber noch lange erzählen von der ersten sozialdemokratischen Volksversammlung, in der der sozialdemokratische Redner den Amtmann und den Lehrer so trefflich abfuhrte. Letzteren wird es noch lange in den Ohren geklungen haben: „Soch, hoch! Dum, dum!“

Herr Lehrer Kube aus Saarbar, der dem Lokalredakteur Wilhelm Kube aus Breslau ähnlich steht, wie ein Ei dem andern, hat auch hier wieder einmal, wie schon so oft, versucht, schwarz in weiß umzumalen.

Wlitzig, 9. Januar. Gewerbegericht. Die endgültige Zusammenlegung des Gewerbegerichts bringt der hiesige Magistrat zur Kenntnis. Unsere gewählte Liste wird dadurch bestätigt.

— Der Schargauer Doppelmoderier und hier immer noch lebhaft erdelt. Der Arbeiter Robert Reimann, der sich am Neujahrstage extränkte und sich vorher des Verbrechen selbst beschuldigte, dürfte nicht ganz unbeeinträchtigt gewesen sein. Zu einem Wiederleger aus Löwen soll er geäußert haben: „Ich habe ja glücklich nichts erwischt, nur mein Alter ist mächtig reingefallen.“ Auch ist er am Abend der Tat im Torweg der früheren elterlichen Wohnung gesehen worden. Das wiederholte auffällige Fragen am Silvesterabend in Löwen nach der Anwesenheit des Holzgewerkschafters bekräftigt auch die Annahme, daß der alte Reimann unschuldig läßt. Nur die Ehefrau des Extränkten bleibt bei ihrer Aussage, daß ihr Mann zur Zeit des angeführten Verbrechen seine eigene Wohnung nicht verlassen und geschlafen habe. Alles weitere wird die Untersuchung ergeben.

Střezberg, 9. Januar. Bravol! Im November v. J. berichteten die Zeitungen Deutschböhmens, daß die österreichische Regierung die Genehmigung zu den Vorarbeiten für eine Bahn von Freiheit — Johannsbab über den Peyer auf die Schneekoppe erteilt habe. Die Bahn sollte vom Peyer aus über die Leischnerbäuden und das schöne Rosenbergsplateau unter der Schneekoppe verlaufen. Gegen den Plan, die Bahn bis zur Schneekoppe hinaufzuführen, hat sich nun auch der österreichische Riesengebirgsverein ganz entschieden gewandt. In einer längeren Rundgebung weist er darauf hin, daß z. B. in der Schweiz das Volk in einer Urabstimmung sich mit überwältigender Mehrheit gegen den Bau einer Bahn auf das Matterhorn erklärt habe. Was das Matterhorn für die Schweiz, das sei die Schneekoppe für das Riesengebirge, nämlich der schönste Berg, der Schau verdiene. Eine Bahn auf die Schneekoppe würde den Wert und die Schönheit des Riesengebirges empfindlich schädigen und die Schneekoppe selbst geradezu verunglimpfen.

Auf preussischer Seite ist die Gefahr des Baues einer Koppelnbahn nach der „Breslauer Zeitung“ nicht sehr groß, da der Westger Graf Schaffgotsch kaum dazu seine Genehmigung geben würde. Die Berge sind zum Klettern da. Wer dazu zu faul ist und mit Rücksicht auf seinen Geldbeutel glaubt, eine „Kandessgemäße“ Verbesserung verlangen zu müssen, der muß sich eben eine andere Gegend aussuchen. Mit welcher Lust würden ungeübte Proleten die höchste Spitze unseres Riesengebirges erklimmen, wenn sie nur die Mittel hätten, bis zum Fuße desselben zu kommen.

Střezberg, 9. Januar. Ein neues Gerichtsgebäude. Der schon längst erwünschte Bau eines Gerichtsgebäudes in Střezberg scheint nun endlich Laftache werden zu sollen. Im neuen Justizetat befindet sich die Forderung von 147.000 Mark als erste Rate für den Neubau eines Land- und Amtsgerichts in Střezberg. Notwendig ist der Neubau dringend.

Ein Rekord an Ehescheidungen! Bei der Dienstag-Sitzung der Kammer des hiesigen Landgerichts standen nicht weniger als 24 Ehescheidungsklagen zur Verhandlung an. — Eben werden, so heißt es immer, nur im Himmel geschlossen, aber auf Erden getrennt.

Grill, 9. Januar. Tod durch Blutvergiftung. Oberlehrer Professor Hermann Weiß, vom Reformgymnasium, ist an Blutvergiftung gestorben. Vor einigen Tagen hatte sich Professor Weiß beim Mahieren am Halle geringfügig verletzt. Die unbedeutende Wunde führte zu Blutvergiftung, der der Verstorbene nach achtunddreißig Stunden unter sichtlichsten Schmerzen erlag.

Sieben Kinder in Gefahr. Sonntag nachmittag begannen eine Anzahl Kinder den Versuch, auf der blauen Eisdecke des Ziegelturms Schiffschuh zu laufen. Mithin brach die Eisdecke und sieben Kinder gerieten in die Gefahr des Ertrinkens. Von einer Anzahl Erwachsener, die auf die Hilferufe herbeiliefen, wurden die Kinder gerettet.

Selbstmordversuch eines Dienstmädchens. In früher Morgenstunde stürzte sich Montag ein 21-jähriges Dienstmädchen aus einem Fenster der zweiten Etage eines Hauses auf der Jakobstraße. Die Unglückliche schlug mit dem Kopfe auf das Steinpflaster auf und wurde anscheinend schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der Grund zu der Tat soll in Liebesgram zu suchen sein. Nach anderen Meldungen soll der Grund in schlechter Behandlung zu suchen sein, denn das Mädchen beklagte sich wiederholt über schlechte Behandlung.

Grill, 9. Januar. Ein schweres Brandunglück hat Dienstag vormittag die Familie des Arbeiters Pera, Lutzerstraße 18, heimgesucht. S. selbst, der als Arbeiter in der Maschinenbauanstalt tätig ist, war morgens seiner Beschäftigung nachgegangen, und seine Frau, die dafür sorgt, daß noch ein kleines, zum Erwärmen der Familie so notwendiges Nebeneinkommen erlangt wird, war mit Ausfragen von Milch beschäftigt.

Das kleinste Kind, das noch nicht ganz fünf Jahre alt ist, hatte die Frau noch nicht aus dem Schlafe geweckt und allein in der Wohnung, die sie der Sicherheit halber abgeschlossen hatte, zurückgelassen. Das Kind mag nun inzwischen munter geworden sein, und, wie vermutet wird, Streckhölzer erlangt haben, mit denen es gespielt hat, wodurch das Bett in Brand geraten ist. Durch Bewohner, die auf der anderen Seite der Straße wohnen, wurde im ersten Moment durch die Fenster drang. Die herbeigekommene Feuerwehr mußte sich erst gewaltig nach der Wohnung Zugang verschaffen. Alle Versuche, ohne Hilfsmittel in die Wohnung einzudringen, scheiterten, und erst mit Hilfe des Rauchheims war es möglich, das noch darin befindliche Kind herauszuholen. Nach schwachen Lebenszeichen gab der kleine im Bett liegende Knabe von sich, doch starb er bald, trotz der intensivsten Inanspruchnahme des Sauerstoffapparates. Die nichtsehende Mutter, die inzwischen nach Hause gekommen war, verfiel, als sie das Unglück sah, in Krämpfe. Die übrigen fünf Kinder befanden sich während des schrecklichen Unglücks in der Schule. Der einstündige Schaden ist nicht gering, da fast sämtliche Gegenstände, wie Bett, Sofa und dergleichen vom Feuer vernichtet, oder stark beschädigt worden sind. Auch zwei Katzen sind in dem entstandenen Quatir erstickt.

Das bedauerliche Unglück ist wieder eine furchtbare Klage gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Vater und Mutter sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Familie nicht dem Hunger preisgegeben wird, deshalb müssen sie von früher Morgenstunde bis in die späte Nacht hinein schlafen, und während der Zeit sind dann die Kinder sich selbst überlassen, wodurch ein derartiges Unglück leicht eintreten kann.

Verantwortliche Redakteur: Franz F. — Redaktion und Expedition: Neue Gruppenstraße 7. — Verlag: der „Vollständigen“, G. m. b. H. — Druck von Th. Grottel, G. m. b. H. — Druckort: Breslau. — Nr. 10. — 10. — 10.

Telephon 2457

Central-Bad Kur- u. Badeanstalt I. Ranges

I. und II. Klasse. Wannen, Zusatz-, Kohlensäure-, elektrische und Dampfbäder. Vibrationen, Packungen usw. Geöffnet für Herren und Damen täglich von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

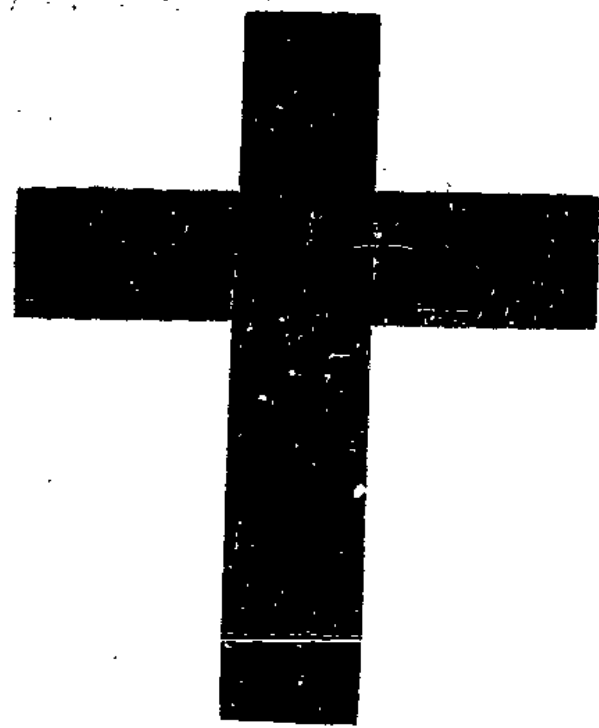
Central-Bad Russisch-irisch-römische Vollbäder.

Geöffnet für Herren täglich von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

Warnung!

Den einen Unternehmer in Breslau werden z. B. mehrere Missionsblätter wie z. B.: „Sonnenstrahlen“, „Gottessprüche“ und dergl. durch junge Mädchen in Schwestertracht in Stadt und Provinz vertrieben, welche zum Teil vom Publikum in dem Glauben gekauft werden, es seien Schriften vom unterzeichneten Verlag und würde der Ertrag zum Besten unserer Anstalt verwendet. Dieses ist jedoch nicht der Fall. Dem unterzeichneten Verlag wird nur das Missionsblatt: „Sel harmherzig“ vertrieben, aus dessen Reingehalt in den letzten 18 Monaten mehr als 10 000 arme, hilflose, blinde Männer und Frauen unentgeltlich und ohne Unterschied der Konfession beherbergt und zum Teil auch noch versorgt und mit Arbeit versehen wurden. (Vormärzlicher Holzfall: prima gespaltenes Brennholz in Säcken zu 0,80 und 1,00 Mark frei ins Haus. Telefon 7715.) Unsere angestellten Kolporteurs, Beamten und die von uns organisierte Schwesternschaft tragen als Mitglieder unseres geistlich eingetragenen Teufels-Vertilgungs-Vereins „Schwarzes Kreuz“ eine weiße Armbinde mit schwarzem Kreuz und führen auch eine schriftliche Legitimation bei sich. Wir warnen dringend und bitten die Freunde unserer Mission, beim Kauf von Schriften, welche angeblich in unserem Auftrag und auch mit einem schwarzen Kreuz selbsten werden, sich nicht täuschen zu lassen, sondern genau auf die Armbinde: weiße Armbinde mit schwarzem Kreuz und dem Namen unseres Heimathauses zu achten. Das Krankenhaus Bethanien warnte diese Tage durch eine Notiz in der Tagespresse ebenfalls vor dem Missbrauch seines Namens. Nach unseren Ermittlungen geht diese Täuschung beim Verkauf von Schriften von demselben Unternehmer aus. Wir ersuchen alle diejenigen Personen, welche hierzu weitere zweckdienliche Angaben machen können, sich mit uns sofort schriftlich oder telephonisch in Verbindung zu setzen.

Willi Dietrich, 1. Vorsitzender des L. N. V. Schwarzes Kreuz (G. V.) u. Leiter des „Heimathauses Schwarzes Kreuz“ (Nacht-Mission). Fernsprecher 7715, Breslau X, Hinterbleiche 1.
NB. Unsere Monatschrift „Sel harmherzig“ kostet im Abonnement vierteljährlich 40 Pfg. frei ins Haus, auswärts franko. Einzelnnummer Preis 10 Pfg. Nach außerhalb 3 Pfg. Porto. (Preismarken.) Die Januar-Nummer werden erspielen, enthaltend den Auszug aus dem Jahresbericht und andere hochinteressante Artikel! 8360



Achtung! Zimmerer! Brier!
Sonntag, den 12. Januar, vormittags von 10-11 Uhr
Stichwahl d. 2 Kandidaten z. 20. Generalversammlung
1. Wahllokal: J. Reichelt, Brier, Oppelnerstraße. [8356]
2. Wahllokal: Schmidt Penker in Groß-Zanduska.
Die Kandidaten werden baselhaft bekanntgegeben. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband. Achtung! Maschinenarbeiter.
Laut Beschluss der Sektionsversammlung vom 27. Dezember 1912, sollen die Delegierten der Maschinenarbeiter die gesammelten Beiträge jeden Sonntagabend in der Zeit von 6 bis 9 Uhr im „Bar auf der Orgel“, Kupferhämmerstraße 39, abliefern. Die Bezirkskassierer werden gebeten, das zu beachten.
Die Lokalverwaltung. 8361

Ohlau. Fabrikarbeiter! Ohlau.
Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr:
General-Versammlung
im bekannten Lokal.
Tagesordnung:
Fabrikbericht und Wahl des Gesamtverwalters.
Zweckmäßiges Erscheinen wird erwartet. 8358

Stadt-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr: 8197
(Erstausführung)
„Die lustigen Weiber von Windsor“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Fidelio“.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Schwermüthigen“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Lohengrin“.

Lobe-Theater
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Ariadne auf Naxos“.
Freitag 7 1/2 Uhr: 8203
Gesp. Elia Kobold
„Agnis Christine“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Jug. I. Rate:
„Gitarre Maura“.

Thalia-Theater
Dienstag, Gruppe F. 4. Vorstellung:
„Gillis Salatti“.
Freitag 7 1/2 Uhr: 8209
Gesp. Elia Kobold
„Jaja“.
Sonnabend Freitag und Sonnabend
von 10-2 Uhr im Stadt- und Thalia-
Theater.

Schauspielhaus
Dienstag 8 Uhr: 8213
Gesp. Henry Bender
„Parkett Nr. 10“.
Freitag 8 Uhr:
„Der liebe Augustin“.
Sonnabend 8 Uhr:
Ann. I. Rate:
„Die Marine-Sattl“.

Circus Busch.
Täglich 8 Uhr abends:
„Solchens Söhne“.
Wöchentliches Schauspiel in 3 Akten
von Dr. Friedrich Egg.
In Szene gesetzt von Direktor
Egg.
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
„Solchens Söhne“.
200 Mitglieder. 8179
Ständige Auspostung.
Billets 0.50, 1.00, 1.50, 2.00 etc.

Lied's Entlastung.
Das brillante
Januar-Programm!
8163. Anfang 8 Uhr.

Viktoria-Theater
„Antalchen“

Zurückgekehrt!
Dr. Glücksmann
Augenarzt. 8144
Kaiser-Wilhelmstraße Nr. 20.

Zahnersatz, Plomben, Vally Stübing, Dentist.
Gartenstr. 16, I. Etage.
Modernst. Zahnersatz und Anwendung der neuesten Erfindungen auf dem Gebiete der Zahnersatz- und Zahnheilkunde. 79552
Schnellste Behandlung. Mäßige Preise.
Es wollen sich Zahnlose u. Zahnkranke vertrauensv. an mich wenden.

Singer-Ringsch.-Mähmaschine
für 26 Mark, mit Garantie, bei [5219]
Rosenfeld, Neumarkt 1.

Nächste Woche
werden bestimmt gezogen:
Jugendheim-Lotterie
Ziehung 17., 18. Januar 1913
Haupt-Gewinn 50 000 Mark
10 000 Wert
Lose à 3 Mk.
Porto und Liste 30 Pfg. extra.

Koesliner Lotterie
Ziehung 15. Januar 1913
Haupt-Gewinn 15 000 Mark
7 500 Wert
5 000 Wert
Lose à 1 Mk.
5 Lose 4,70 Mk., 11 Lose 10,- Mk.
Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Sämtliche Gewinne vorstehender Lotterien werden mit 90% bar zurückgezahlt.
Obige Lose empfiehlt u. versendet
B. Klement, Breslau I, Ring 22,
geradeüber v. Schweidener Keller.
Spezial-Lotterie u. Bankgeschäft. 8370

Empfehle zu billigen Preisen:
Festlichkeiten
Kappen, Mützen, Hüte, Girlanden, Nasen, Gesichtsmasken, Orden, div. Scherzartikel. Für Festivitäten u. Vereine extra bill. Preise.
E. Hoefig, Gubenstr. 93, Ecke Georgenstr.

Der erste Arbeiter-Jugend-Kalender Jungvolk
Ein Almanach für die arbeitende Jugend
1913
Reichhaltiger belehrender und unterhaltender Text :: Viele gute Illustrationen
Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands
Gut ausgestattet 50 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteurs.

Nordsee
Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 10
Telephon 5290 und 5291.
Filialen: Kaiser-Wilhelmstr. (Bahnhof), Telephon 4223. Nordstr. 78/75. 8358
Gräbenerstr. 14, Telephon 5687.
Ferner: Kaiserstraße Nr. 61 und 87, Klosterstraße Nr. 55 und 145, Vorwerkstraße 11.
In tadelloser frischer Ware empfohlen:
la. Cabliau ohne Kopf Pfd. 26 Pfg. **la. Seelachs** ohne Kopf Pfd. 24 Pfg.
Frische grüne Serringe 3 Pfd. 45 Pfg. **Schellfisch** ohne Kopf Pfd. 48 Pfg.
Bratfisch Pfd. 28 Pfg. **Schnitt** Pfd. 45 Pfg. **Goldbarsch** ohne Kopf Pfd. 36 Pfg.
Offen-Spickale in allen Größen **Makrele** 20 Pfg.
Geräuch. Lachserringe Stück 20 und 25 Pfg.
Schöne Kieler Sprotten (morgens eintreffend) Kiste ca. 3 Pfd. Netto Mt. 2.50
Serringe in Gelee 8 Pfd. Dose 2.20 Mt. **Bratheringe** 16 Pfd. Dose 2.80 Mt.
Frische Räucherwaren. Feinste Marinaden.

Der Anarchist
Novellen von Gottschalk
20 Pfg., früher 1 Mk.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteurs.

Wir empfehlen:
Germinal
Sozialer Roman von Emile Zola.
Packende Schilderungen aus dem Bergarbeiterleben.
Preis nur 1.- Mk.
Zu beziehen durch die Expedition u. die Kolporteurs.

Wilhelmsburg. Heute Donnerstag:
Gr. Tanz-Kränzchen
mit Präsent-Polonäse. [8360] Gegebenst F. Hötzel.

Sozialdemokratischer Verein Breslau
Distrikt 8, Odertor.
Sonnabend, den 11. Januar: **Gr. Wintervergnügen**
im „Vergnügen“, mailliert und unmailliert. Anfang 8 Uhr.
Genosseninnen und Genossen nebst Freunden und Bekannten aus anderen Distrikten sind herzlich willkommen. Eintrittskarten: Herren 40 Pfg., Damen 20 Pfg. sind bei den Vertrauensleuten zu haben. 8373

!!! Achtung !!!
Durch Gebrauch v. „Aroxa“ erspart man 25% seiner Kohlenrechnung
Aroxa
ist geistl. geschützt und eine gewinnbringende Neuerung.
Wiederverkäufer gesucht.
Alleinverkauf: Paul Bauer, Ingramsdorf.

Kleiner Anzeiger
Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
Getragene Wägarbarden, für jeden Tag, billig, gut erhalten. Kaufhaus für Bergarbeiter, Neue Schweidenerstraße 4. 8277
Wägarbarden billig zu verkaufen, gut für Bergarbeiter. Offert. unt. R. P. an die Expedition dieser Zeitung. [8268]

Rockarbeiterin
nur tüchtig, kann sich melden
Adalberstr. 15, 4. Etg., rechts. 8369

Intelligenter, zuverlässiger Mann
28 J. sucht Stellung als Kassensbote, Einlassierer oder dergl. Offert. unt. R. M. an die Expedition dieser Zeitung. [8365]

Junge ansässige Frau sucht sofort Arbeit auf einfache und bessere Betriebsart, welche größere Posten liefern kann. Habe auch Knopfmachmaschine. Gräbenerstraße 23, 3. Etg. 8364

Arbeitsmarkt
Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen. Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“ kleine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Mitgesuche, Arbeitsgesuche, Arbeitergesuche und dergl. in den „Kleinen Anzeigen“ der „Volkswacht“.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen. Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“ kleine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen, Mitgesuche, Arbeitsgesuche, Arbeitergesuche und dergl. in den „Kleinen Anzeigen“ der „Volkswacht“.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Januar.

Kommunale Chronik 1912.

(Aus den Stadtvorordneten-Sitzungen.)

(Fortsetzung.)

April.

1. **Schluss der Etatberatung.** Genosse Schütz bemängelt und bemerkt den übertriebenen Druck, die überlange Dienstzeit, das Ordnungsunwesen und andere Uebelstände bei der städtischen Feuerwehr. In der Aussprache über den Gesamtetat und die Steuerherabsetzung, welche die Versammlung gegen den Vorschlag des Magistrats (der auf 6 Prozent lautete) mit 8 Prozent festsetzt, erklärt Genosse Löbe dieses Verfahren als eine Benachteiligung der Steuerzahler im kommenden Jahre. Er begründet unsere Ablehnung des diesjährigen Etats hauptsächlich mit der Verweigerung der Turnhallen und der Verschleppung der Arbeitslosenunterstützungsfrage. Mit Zustimmung der Sozialdemokraten werden bewilligt: Verbilligung des Tarifes für elektrische Kraft, Vernechtung der Gasfernleitungen und Herstellung einer Vorlage zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Chors und Orchester am Stadttheater.
2. Dem hier folgenden Verbandsrat der Juweliere und Goldschmiede wird eine Beihilfe gewährt. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen. Mit ihrer Zustimmung werden bewilligt: Erweiterung des Elfbadegymnasiums, eine große Bäderanlage im Albertplatz, ein Beihilfe von 2000 Mk. für die Anschaffung des Verbandes Deutscher Gas- und Wasserversorger, 4.265.000 Mk. zum Ausbau der Gasanstalt N, ein Beitrag für die Wertner Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verbesserungen der Unterführung der Straßenbahn. Bei Gelegenheit der Aussprache über Anschaffung einer Knopfmachmaschine für die Schneiderwerkstatt der Straßenbahn wollen die Stadtvorordneten Herschel, Cardocus, Mühlbach und Ritsche die Mittelstandsreiter spielen, wurden aber vom Genossen Löbe abgelehnt. Bei der Mittelung des Magistrats über die gegen den Magistrat getroffenen witzigen Maßregeln, verhöhnt Herschel wiederum die Arbeiter, wird aber vom Genossen Löbe, vom Oberbürgermeister und von den Stadtvorordneten Mugdan und Wohlauer scharf zurückgewiesen.
3. Der Gesamtetat der Jahrhundertfeier-Ausstellung von 2 1/2 Millionen Mark wird gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Stadtvorordnete Herschel kann es sich wiederum nicht verlagern, hierüber die „notleidenden“ Arbeiter zu spotten, die noch Geld für Festwachen übrig mochten. Einstimmig genehmigt werden: Jährlich 3000 Mk. auf 5 Jahre für den Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, die Herstellung von Spielplätzen an der Reichsgerstraße und auf den Leichäden und die Verbesserung der Wohn- und Pensionsverhältnisse der weiblichen städtischen Angestellten. Genosse Löbe bittet auch die Altenhefter zu berücksichtigen.
4. Bei der Aussprache über die Freifahrkarten der Stadtvorordneten auf den städtischen elektrischen Bahnen, beantragt Genosse Löbe, im Falle der Ablehnung auch den Magistratsmitgliedern und den im Besitz solcher Karten stehenden Ehrenbeamten diese Vergünstigung zu entziehen. Die Karten für Stadtvorordnete werden bewilligt. Bei der Theaterdebatte tritt Genosse Landsberg für städtische Regie ein. In die Studienkommission für kommunale Arbeitslosenunterstützung werden die Genossen Neutrich und Hiltpp gewählt.

Mai.

1. Genosse Löbe bemängelt die gesundheitliche Verschlechterung des Größhener Bebauungsplanes. Sein Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss wird angenommen. Genosse Schütz erhebt vergeblich Widerspruch gegen die Wahl der Markhallenkommission, weil die Sozialdemokraten dabei nicht berücksichtigt sind. Dem Bau einer Doppelturmhalle in der Steinstraße stimmen sie zu.
2. Genosse Löbe und Wiener widersprechen dem Antrage auf ein Darlehen an den Turnverein Vorwärts, Löbe spricht auch gegen den Ankauf des goldenen Zepters für die Jahrhundertfeier. Prof. Kaufmann redet ebenfalls dagegen, stimmt aber dafür. Beide Anträge gehen in die Ausschüsse. Mit Zustimmung der Sozialdemokraten werden angenommen:

Die erhöhte Zuzahlung für die Diensthilfsvermittlungstelle und der Ankauf der Grundstücke Lehndamm 80a-81. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wird der Ankauf des goldenen Zepters nach Kaiser Karlslegung durch Genossen Landsberg für 230.000 Mk. beschloffen.

Juni.

10. Zum Oberbürgermeister von Breslau wird Bürgermeister Matting aus Charlottenburg mit 62 gegen 1 Stimme gewählt. Nach dem Bericht des Genossen Schütz wird die Fristverlängerung zur Aufstellung der Wählerlisten für die Stadtvorordnenwahl genehmigt.
20. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird das Hypothekendarlehen an den Turnverein Vorwärts bewilligt.
27. Trotz des Einspruches von Genossen Löbe werden für den Ausbau des „Goldenen Zepters“ 89.000 Mk. bewilligt. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen. Mit deren Zustimmung werden angenommen: Die Anträge auf Ankauf verschiedener Grundstücke, darunter zum Schulbau in der Obervorstadt für 119.000 Mk., und die Hochwasserschutzvorlage des Magistrats.

Juli.

2. Bewilligt werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten: Die Errichtung eines Brausebades nebst Mutterheim, Sparcassensysteme und Kahlhabe in der Tiergartenstraße, 1.161.500 Mark zur Vergrößerung und Verbesserung des Sternprojektor Armenhauses, eine neue Wagenhalle für die elektrische Bahn in Grünische sowie 160.000 Mk. zur Erledigung der Theaterfrage unter Kündigung des Vertrages mit Dr. Loewe. Genosse Brojig verlangt auch Wannenbäder in den öffentlichen Badehäusern. Oberbürgermeister Neuder sichert die Erfüllung dieses Verlangens zu. Für die Erledigung der Theaterfrage tritt Genosse Löbe ein. Der Antrag Bujakowski auf Lösung des Vertrages mit Direktor Loewe ohne jede Entschädigung wird abgelehnt.

September.

3. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten werden angenommen: Die Anträge auf Fortbildungsschulung für weibliche Handelslehrlinge und Handlungsgehilfen, 3000 Mark jährliche und 1000 Mark einmalige Unterstützung für den paritätischen Arbeitnachsweis des Gastwirtsberufes, die Einsetzung einer Kommission zur Bekämpfung der Teuerung, Herstellung einer Spielwiese in Cosel, die Errichtung einer sonnenlosen Mädchenchule und die Ausschreibung für die Verpachtung des Stadttheaters. Hierbei tritt Genosse Landsberg wiederum für die städtische Verwaltung ein, Genosse Zimmer für Beschäftigung der Theaterarbeiter während der Sommerferien. Der Antrag auf Einsetzung der Teuerungskommission wird von den Sozialdemokraten eingebracht mit dem Zusatz, die Regierung um Erleichterungen der Fleischsteuer zu ersuchen. Die Genossen Löbe und Müller II begründen eingehend diesen Antrag. Bürgermeister Trentin tritt auch gegen die Stadtvorordneten Ritsche und Jerson für den Zusatz ein. Bei Beratung der Sparfassenüberschüsse verlangt Genosse Landsberg ein Wohlfahrtsaus für die Ober- und Sandvorstadt. Trentin sichert Erfüllung zu. Der sonnenlosen Mädchenchule widersprechen die Stadtvorordneten Ritsche und Scheide, während Stadtschulrat Gads, Bürgermeister Trentin und die Stadtvorordneten Reich und Genosse Löbe sehr entschieden dafür eintreten.
16. Genosse Schütz I wird mit in die Deputation zum städtischen preussischen Städtetag gewählt. Der Magistrat tritt dem Beschlusse vom 5. September gegen die Teuerung bei. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten werden weitere 119.300 Mk. für die Jahrhundertfeier bewilligt. Die Genossen Müller II und Neutrich beschwören verächtliche Einbrüche gegen die Aufstellung der Wählerlisten. Nur wenige können sie zur Geltung bringen. Die Mehrheit stimmt gegen alle übrigen.
19. Der Magistratsantrag auf Abänderung des Ortsstatuts für das Gewerbegericht und die von Genossen Brojig beschworenen Verbesserungen, nämlich Wahl am Sonntag, 6 Mark Diäten für die Richter und Ungültigkeit der verspätet eingereichten Vorschlagslisten, geht an den Ausschuss I. Stadtvorordnete Herschel spricht gegen die Sonntagswahl.
26. Oberbürgermeister Neuder verabschiedet sich von der Stadtvorordnenversammlung.

(Schluss folgt.)

Die allgemeine Ortskrankenkasse für Breslau.

Mit einer überaus wichtigen Magistrats-Vorlage wird sich heut nachmittag die Stadtvorordnenversammlung beschäftigen, nämlich mit dem Antrage, die ehemalige Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen als allgemeine Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung auszugestalten. Dazu wird dem Breslauer General-Anzeiger aus Arbeitgeberkreisen geschrieben:

„Allgemeine Ortskrankenkasse von Breslau soll nach einem Antrag des Versicherungsamtes die frühere Ortskrankenkasse der Gewerbegehilfen werden. Nach vorheriger Vereinbarung mit dem Bureau XII des Magistrats hat die erwähnte Kasse ihre Ausgestaltung und Zulassung als künftige allgemeine Ortskrankenkasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung auch schon vorher beschloffen, jedoch sie schon heute den Namen „Allgemeine Ortskrankenkasse für Breslau“ führt. Dieser Beschluss des jetzigen Versicherungsamtes der Stadt Breslau, früherem Bureau XII des Magistrats, ist lobenswert, es fragt sich nur, ob es richtig ist, eine Kasse, die bisher mündelmeiste Leistungen aufzuweisen hatte, zur allgemeinen Ortskrankenkasse auszubauen. Darüber, welche Ortskrankenkasse maßgebend ist, wenn bei Stellung eines Antrages eine allgemeine Ortskrankenkasse noch nicht vorhanden ist, bestimmt das Gesetz in § 240, daß ihr Leistungsmaß die Leistungen denen der nächstbestehenden Ortskrankenkasse des Ortes mindestens gleichwertig sind oder binnen sechs Monaten gemacht werden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen soll in diesem Falle mit Recht zur allgemeinen Ortskrankenkasse die kapitalstärkste Kasse ausgewählt werden. Die bestbelebteste Kasse wäre in diesem Falle die Ortskrankenkasse für Kaufleute, Handwerker und Apotheker in Breslau.“

In den beteiligten Arbeitgeberkreisen bejährt man daher eine Abnahme der Höhe der Beiträge, weil die Leistungsfähigkeit der früheren Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen hierüber sehr in Frage steht. Da nach § 231 der Reichsversicherungsordnung allgemeine Ortskrankenkassen nur durch Beschluß des Gemeindeverbandes errichtet werden können, wird es Aufgabe der Stadtvorordnenversammlung sein, hierbei auch nachzusehen, ob die in der Vorlage über die Vermögensfähigkeit der ausgesuchten Kasse gemachten Angaben auch zutreffen. Sankt es sich doch bei dieser Vorlage auch gleichzeitig um eine Entlastung der Armenverwaltung. Weit über 20 Klassen werden nach der Vorlage ohne weiteres aufgelöst und der künftigen allgemeinen Ortskrankenkasse übergeben. Von diesen Klassen gewähren etliche auch Familienunterstützung und Sterbegeld an Familienangehörige, Leistungen, welche die bisherige Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen nicht aufzuweisen hat. Sankt zu beklagen steht, daß in bezug auf die Unterzusage für eine höhere Leistung der Armenverwaltung in Zukunft eintritt.

Dem Antrag des Versicherungsamtes, die leistungs-fähigste Kasse zur allgemeinen auszugestalten, hat das Versicherungsamt der Stadt Breslau widerstanden aus Gründen, die wohl in der am Donnerstag stattfindenden Stadtvorordnenversammlung mitgeteilt werden müssen, da es doch einvernehmlich Befremden erregt, warum im Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht die leistungsfähigste und bestbelebteste Kasse Breslavs ausgewählt werden ist. Kleinere Gesichtspunkte dürfen bei dieser Vorlage jedenfalls nicht maßgebend sein, sie würden von beiden Seiten der Bürgerschaft, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, später schwerhaft empfunden werden. Die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse beruht in außerordentlich Weise den Geldbeutel beider Teile, nicht nur in Bezug auf die Höhe der Klassenbeiträge, sondern vor allen Dingen in Bezug auf die Höhe der von den Versicherten zu gewährenden Krankenunterstützung. Es muß hierbei von vornherein die Garantie geleistet werden, daß im Krankheitsfalle die sozial- oder versicherten mit verschlechtert wird durch „lange“ Karenzzeiten und „niedrige“ Krankenunterstützung.

* Die Zeitschrift. Die heutige Nummer enthält eine Beilage mit der Aufforderung, die Zeitschrift „Zeitschrift“ zu halten. Wir weisen auf diese Beilage besonders hin.

* Zehn Jahre Buchhaus. Zu dieser Notiz in unserer Dienstaummer bemerken wir, daß es sich im angegebenen Straßennamen nicht um die Bedienungsfrau Auguste Franz, Michalekstraße 30, handelt.

Stadt-Theater.

„Die Hugenotten“ von G. Meyerbeer.

Es geht schon lange die Meinung um, Meyerbeer habe sich überlebt! Eine solche Meinung haben auch Leute vom Theater, allerdings nur solche, die ihn nicht zu singen vermögen. Denn wie kann sich ein Komponist nach fünfzig Jahren überleben, der allen Faktoren, Sängern, Chor und Orchester die dankbarsten Aufgaben gestellt hat? Unsere jetzige Generation liebt kaum etwas von den blühenden Schönheiten der Meyerbeer'schen Musik, und sie wird es auch sobald nicht erfahren, wenn die nachfolgenden Aufführungen das selbe jaloopie Gebräuge aufweisen werden, wie die gestrige. Man schimpft allerseits über Meyerbeer, er wäre brutal. Inwiefern? Die heutigen „Musikbräuen“ machen viel größeren Lärm, als Meyerbeer's „Opern“. Er habe nach Effekten! Nach was haben denn die heutigen Autoren? Ein Komponist, der auf den Effekt verzichtet, kann mit schon im Vorhinein leid tun. Macht etwa Mozart oder Beethoven keinen „Effekt“? Er zündet heute, nach vielen Jahrzehnten, mehr, als so mancher moderne Tonsetzer. Was wäre Wagner ohne Meyerbeer? Von wem haben denn die heutigen Komponisten die Verwendung des Fagotts, der Bassklarinette, des englischen Horns gelernt? Wer hat an Stelle der Oboerlinie das charakteristische Vorspiel eingeführt? Wer hat ihnen die Bedeutung des heute überall üblichen „Zeitmaßes“ gegeben? Meyerbeer! Und das alles sollte sich über Nacht überlebt haben? Man misachtet Meyerbeer, und wenn man ihn aufführen will, dann setzt er den Sängern so viel Schwierigkeiten in den Weg und legt ihnen so viel Fallstricke, daß sie unrettbar verloren sind, wenn sie nicht sehr fest im Sattel sitzen. Der gestrige Abend hat die Schwächen unserer Oper erhabenlos aufgedeckt. Schon im ersten Akt wurde ohrenbetäubend unrein gesungen, die kurzen, aber sehr schwierigen Einfache Klappen nicht und außer Herrn Schöheim brachte kein Mensch eine richtige Kantilene zum Vorschein. Ebenso schlimm sah es in den großen Ensembles: des dritten Aktes aus, in dem übrigens der sehr schwere, aber schöne Spottchor (Wacht Ihr in die Tavernen etc.) fortgelassen wurde. Was von Schönheiten in diesen Chören aufgedeckt ist, wurde von dem Taktmaß des Kapellmeisters und dem ungenügenden Orchester. Besser war die Scherzweise im vierten Akte, obgleich auch hier die Zeitmaße schlecht und ungenügend überlebt wurden. Daß der fünfte Akt, der zum Verständnis undbedeutend ist, gänzlich fortgelassen wurde (früher gab man zwei Szenen daraus), ist eine Brutalität, die man keinem anderen Autor gegenüber wagen würde und auch bei Meyerbeer nicht verantworten kann. Die bekannte Ausrufe, daß es „anderswo auch so ist“, verleiht doch nur eine Deckungsmaßnahme. Breslau ist groß genug, um auch in künstlerischen Dingen anderen Städten an

Intelligenz voranzugehen. Nun zu den einzelnen Darstellern. Fräulein Pirichmann hat entschieden etwas gelernt, aber die „Königin“ reicht ihr Können denn doch noch nicht aus. Meyerbeer'sche Koloraturen sollte man auch nicht ändern, namentlich wenn man sie nicht schmackhafter machen kann. Um nur eins hervorzubeden: wenn Fräulein Pirichmann am Ende der großen Arie vom a nach dem hohen d hinaufsteigt, anstatt nach dem as herunterzugeben, so mag das bravourös sein, aber schöner ist es nicht. In solchen Dingen kann man sich auf Meyerbeer verlassen, der vor diese Arie ein reizendes Flöten Solo gesetzt hat. Vor Jahren erhielt dieses Solo stets einen Extrabeifall; gestern lag da u keine Veranlassung vor, weil es nur „heruntergeblasen“ wurde ohne jede feinere Ausführung. Dagegen wurde die Arie stützen sich bejubelt; kaum einer der Anwesenden wußte wohl noch, daß einst an dieser Stelle eine „Königin der Koloraturen“, Marie Lehmann, in einem Ensemble stand, das ihr ebenbürtig war. Und was war das für eine dilettantenhafte Begleitung in der Einleitung zu Raouls großer Szene! So etwas dürfte doch überhaupt in unserer Oper nicht vorkommen! Sehr gut schnitt Frau Mielke-Kemp als Valentine ab. Sie bemühte sich, nicht zu schreien und erzielte damit gewaltige Einbrüche in den beiden großen Duetten mit den Herren Wittekopf und Schöheim, Herr Wittekopf taute auch erst im dritten Akte recht auf; im ersten war er ziemlich matt und ausdruckslos. Nicht sonderlich günstig lag Herrn Oker der Nebens, gefänglich viel zu tief. Herr Wilhelm, der augencheinlich alles kann, hatte den St. Bris übernommen und führte die nicht große, aber durchaus wichtige Partie ganz trefflich durch. Herr Pierrich zeigte seine Vielseitigkeit in drei kleineren Rollen. Auf dem Bettel stand Herr Gläfer als Bois-Rois. So viel ich von meinem Platz aus bemerken konnte, sang Herr Weber; ich will aber gern zugeben, daß ich mich geirrt habe. Wenig erfreut war der Pate des Fräulein Lum; es fehlte die Ausgeglichenheit und Rundung der Stimme und auch die Grazie in der Erscheinung. Das Zigeunerklein sollte doch charakteristischer und nicht mit der üblichen unartikulierten Springerei ausgestattet werden. Es bleibt nun das Beste zuletzt. Der gestern noch nicht gesehen und gehört hat, welchen kolossalen Schlag wir an Herrn Schöheim besitzen, dem ist nicht zu helfen. Vorzüglich dissoniert, zündete er mit der sinnlichen Wärme seines prachtvoll geschulten Organs, seiner plastischen Vortragweise und seiner herrlichen mezza voce. Das Publikum achtet nicht sonderlich auf diesen Künstler, weil er keine Stimmstärke hat. Es wäre im Interesse des Repertoires überaus bedauerlich, wenn der Künstler seine Absicht, uns zu verlassen, wahr machen sollte. So leicht bekommen wir keinen vollständigen Ersatz. Wenn

man Meyerbeer so zu Liebe geht, wie gestern, wird er allerdings „nicht viel machen“; man muß eben diesen Stil ebenfalls beherrschen können! S. M.

Bemerktes.

Die Religion als Handelsobjekt. Den Beweis dafür, daß die Religion sich auch als Handelsobjekt für wirtschaftlich gefährdete Leute eignet, erbringt in glänzender Weise ein Herr Oswald Nagel in Schmiedefeld in Th. Dieser Herr verhandelt als Mandant eines „Herrn Müller“ an Angehörige der katholischen Kirche gedruckte Formulare, in denen er um Abnahme unbekannter angefangener Briefe ersucht. Um seinem Verlangen einen größeren Nachdruck zu verleihen, sagt er in seinem Antwortschreiben:

„Dazu sei bemerkt, daß ich selbst ein Glaubensgenosse der römisch-katholischen Kirche bin und im Dom zu Wehlar gekauft wurde, welcher Umstand mich nach Überzeugung meines Herzens dazu bewegt, ohne jede Bezahlung mich in dieser Sache zu verwenden, insbesondere dieser Briefe in Nürnberg von fast nur katholischen Arbeitern hergestellt und auch von einem katholischen Lieferanten geliefert wird, mithin unterstützen Sie nicht nur Herrn Müllers Unternehmen, sondern auch quasi unsere Glaubensgenossen in Bayern durch Arbeit und Verdienst. Im Interesse unseres so weitverbreiteten Glaubens würde es von großem Nachteil sein, wenn diese Angelegenheit an die Öffentlichkeit gelangen würde, und es könnte der Fall sein, daß man neue Anhänger unseres Glaubens schwer bekommt. Nach Rücksprache mit Herrn Müller ist dieser gern bereit, falls die außenstehenden Stille von den Herren Katholiken abgenommen und bezahlt werden, auf meine Veranlassung hin mit seiner Familie zum katholischen Glauben überzutreten, und möchte ich Sie höflich bitten, mich bei diesem edlen Errettungswerk zu unterstützen, und die Angelegenheit im Sinne meines beiliegenden Briefes zu erledigen. Hauptächlich ist mir daran gelegen, daß diese Außenstehendenliste möglichst von den Gläubigern den betreffenden Herren Bischöfen vorgelegt wird, und möchte ich Sie höflich bitten, mich bei dieser Sache mit zu unterstützen, insbesondere Sie dadurch nicht nur einen blinden Familienvater vom höchsten Unglück erretten, sondern ihm auch noch das himmlische Glück unseres heiligen Katholizismus verleihen können.“

In widerlicherer Weise ist wohl noch niemals Religion und Geschäft verhandelt worden, als es von diesem „Glaubensgenossen der römisch-katholischen Kirche“ geschieht.

Polizeispigel sind Ehrenmänner!

In dem Prozeß gegen den Tischler Wilhelm Gräß wegen Totschlagsversuchs (vergleiche den Bericht: „Ein gefährlicher Revolverheld“ in der heutigen Nummer) wurde dem verurteilten Gastwirt Max Erdmann vom Zeugen Weigelt nachgesagt, er sei als Polizeispigel tätig gewesen. Für das Gericht war die Bemerkung des Zeugen ziemlich belanglos. Der Staatsanwalt aber faßte die Gelegenheit beim Schopfe, in seiner Ansprache an die Geschworenen u. a. folgendes zu erklären:

„Meine Herren Geschworenen! Es ist hier dem Zeugen Erdmann nachgesagt worden, er wäre als Polizeispigel tätig gewesen. Ich sehe nicht an zu erklären, daß Erdmann ein Ehrenmann ist, dem man in jeder Beziehung glauben kann. Es ist meines Erachtens durchaus nicht unehrenhaft, wenn jemand der Behörde Hilfsdienste leistet. In gerade der Umstand, daß Erdmann diese Dienste der Polizei geleistet hat, spricht nicht gegen, sondern eher für seine Ehrenhaftigkeit.“

Diese auffällige Äußerung des Staatsanwalts gewinnt noch durch die Tatsache an Bedeutung, daß vor knapp zwei Monaten der Bootsmann Puffke vom Breslauer Schwurgericht zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt wurde und die Verhandlung ebenfalls den Beweis erbrachte, daß dieser Verbrecher ein regelmäßig bezahlter Spigel der Breslauer Polizei gewesen ist. Unsere Leser wissen also jetzt, wer in erster Reihe darauf Anspruch erheben kann, ein Ehrenmann zu sein.

Ein gefährlicher Revolverheld.

Wie bereits kurz berichtet, stand der 25-jährige Tischlergeselle Wilhelm Gräß aus Breslau wegen Totschlagsversuchs vor dem Schwurgericht. Die Tat geschah in der Nacht zum 19. November 1912 auf der Matthiasstraße. Im Lokal „Zum weißen Schwan“ wurde am Abend des 18. November ein Diner gefeiert, wobei der Gastwirt Max Erdmann als Gastgeber mitwirkte. In seinem Restaurant hatten bis kurz zuvor der Tischler Fritz Weigelt und sein Kollege Gräß als Gäste verkehrt. Weil jedoch Erdmann in einem Prozeß gegen Weigelt als Belastungszeuge aufgetreten war und zu dessen Befreiung ein einwöchiges Gefängnis mit beigetragen hatte, wies er die genannten Tischler als Gäste. Gräß und Weigelt hatten nun erfahren, daß Erdmann an jenem Abend im „Weißen Schwan“ als Humorist auftritt. Sie gingen deshalb in dieses Lokal, nachdem sie vorher einige andere Restaurationen besucht hatten. Als sie im „Schwan“ ankamen, war es bereits Mitternacht und Erdmann hatte seine musikalischen Vorlesungen beendet. Die beiden Ankömmlinge drängten sich an Erdmann heran, und versuchten, ihn durch allerhand Scherzreden zu necken. Dadurch entstand eine Störung des Lokalbetriebes, was den Wirt veranlaßte, dem Weigelt das Lokal zu verbieten. So ohne weiteres wollte er aber nicht gehen, sondern lärmte laut in und vor dem Lokale. Da der Hinabgänger sehr bedrohlich auftrat, gebot der Lokalwirtsbeholden den Gästen „Feierabend“.

Auf der Straße entstand dann eine Prügelei. Gräß, der einen mit scharfen Patronen geladenen Revolver herbeizog, rief seinem Kollegen Max Scheibel zu: „Du aber los Platz, wer mich angreift, den male ich nieder!“ Einige Männer, darunter auch Erdmann, umzingelten wegen der drohenden Gefahr den Revolverhelden und versuchten, ihm die Waffe zu entwenden. Weigelt entfernte sich darauf in der Richtung nach der Eisenbahnbrückenstraße und Gräß ging entgegengesetzt die Herzogstraße entlang. Bei der Verfolgung des Gräß war Erdmann hinfällig und hatte sein Geld aus der Tasche verloren. Er blieb deshalb zurück und kimmerte sich nicht mehr um Gräß. Dieser war aber plötzlich umgekehrt und ging ins Lokal zurück, vor dessen Tür einige Gäste noch plaudernd zusammenstanden. Das Geransehen des Gräß hatte ein Gast bemerkt. Kaum wurden auch die anderen Gäste auf Gräß aufmerksam, als dieser auch schon den Revolver herbeizog und auf den ahnungslosen Erdmann feuerte; ein Schuß brang ihm in den Unterleib. Alles jätzte sich jetzt auf Gräß, dem man die Waffe entziehen wollte. Er feuerte aber gleich darauf noch zwei Schüsse auf seine Gegner und verbandete dabei den Arbeiter Karl Kuschka, den Schwager des getroffenen Erdmann. Der gefährliche Mensch wurde von der Menge, die sich schnell angesammelt hatte, arg verprügelt und dann der Polizei übergeben. Bei der Untersuchung seiner Taschen fand man noch einige unverbrauchte Patronen und mehrere Pistolen. Die Verletzungen wurden ins Allerheiligen-Hospital geschafft, wo sich die Schußverletzungen als sehr schwer erwießen.

Die Staatsanwaltschaft erhob gegen Gräß Anklage wegen

versuchten Totschlags und schwerer Körperverletzung. Durch allezeit unmaßstäbliche Angaben versuchte er, sich zu entlasten. Drei ärztliche Sachverständige wurden über die Art der Schußverletzungen geurteilt, darunter der Oberarzt des Allerheiligen-Hospitals Dr. Bräve. Nach dem medizinischen Gutachten ist die Verletzung des Erdmann heute noch nicht ganz verheilt. Die Kugel konnte noch nicht aus dem Unterleibe entfernt werden; auch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß sich bei ihm später ein Bruch herausbilde. Kuschka ist in den Geschlechtsleiden getroffen und schwer verletzt worden. Bei ihm ist die Kugel einige Tage nach der Verletzung aus der Wunde herausgeleitet. Der Staatsanwalt ersuchte die Geschworenen, die Schuldfrage zu bejahen. Für die Absicht des Angeklagten, Erdmann zu töten, spreche die Tatsache, daß Gräß mit dem geladenen Revolver ins Lokal gekommen ist und der Angreifer war. Auch die feindselige Stimmung des Angeklagten gegen Erdmann hob der Anklagevertreter in seinen Ausführungen hervor. Es sei nur ein Glücksfall gewesen, daß die dritte von Gräß abgefeuerte Kugel nicht noch ein drittes Opfer gefordert habe. Diese Kugel ist in eine Schaufensterscheibe hineingebracht. Der Verteiliger des Angeklagten führte aus, Gräß habe in der Notwehr geschossen. Wenn er auch tatsächlich nicht angegriffen worden sei, so habe er sich doch bedroht gefühlt. In der vierten Nachmittags-Sitzung sahen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Sie verneinten die Schuldfrage nach versuchten Totschlag, bejahten dagegen die Frage nach gefährlicher Körperverletzung mit einer Schußwaffe in zwei Fällen unter Ausschluß mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte fünf Jahre Gefängnis gegen den Angeklagten. Das Gericht faß nicht verurteilt, die Strafe niedriger zu bemessen und erkannte auf fünf Jahre Gefängnis.

Schließt alle Gasdüne!

Eine Haushälterin auf der Auguststraße hatte von der Polizei einen Strafbefehl über 3 Mark bekommen, weil sie beim Auslösen der Treppenbeleuchtung nur den Hauptgasahn im Keller schloß und nicht die Dühne in den einzelnen Stockwerken abdrehte, was die Polizeiverordnung vom 1. April 1911 ausdrücklich vorschreibt. Gegen den Strafbefehl erhob die Haushälterin Einspruch. Zur Begründung erklärte sie am Dienstag vor dem Schöffengericht, beim Schließen und Öffnen der einzelnen Dühne und beim Anzünden der Gasflammen seien stets knallartig die Glasröhren zertrümmert. Das habe sie vermeiden wollen und deshalb nur den Hauptahn geöffnet und geschlossen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, weil die Angeklagte ganz ungenügend Einspruch erhoben hatte, sei eine Erhöhung der Strafe auf sechs Mark geboten. Die Angeklagte habe lediglich aus Bequemlichkeit das Schließen und Öffnen der einzelnen Dühne unterlassen. Darin liegt aber eine große Gefahr für sämtliche Hausbewohner. Das Gericht war derselben Ansicht und erhöhte den Strafbefehl auf sechs Mark. Positiv dient der vorstehende Fall zur Warnung.

Die Steinarbeiten an der Festhalle.

Der Firma Wessner & Bringsheim ist vom Magistrat die Ausführung der Steinarbeiten am Festplatz übertragen worden. Sie schloß mit einem selbständigen Gewerbetreibenden einen schriftlichen Vertrag. Der Unternehmer hatte mit 30 Mann die Arbeiten gegen eine bestimmte Bauzahlung auszuführen. Mit der Arbeit wurde begonnen, aber bald hörten die Leute auf. Sie wollten nicht weiter arbeiten, weil der Unternehmer nicht den bedingten Lohn zahlte. Die Firma stellte dem Mann einen Termin, bis zu dem die Arbeit fortgesetzt werden sollte. Da der Termin verstrich, ohne daß gearbeitet wurde, löste sie den Vertrag. Inzwischen hatte der Unternehmer im Arbeitsnachweis mit der Angabe, er sei der Beauftragte der Firma, 25 Mann zur Arbeit angenommen. Diese Leute wurden aber nicht eingestellt. Einer von den 25 klagte gegen die Firma auf Zahlung einer Lohnentschädigung. Er sei vom Arbeitsnachweis auf den Festplatz geschickt worden, und so dürste er annehmen, daß die Sache richtig sei, denn die Mittelbesitzer haben sich als Vorkler der Firma ausgegeben. Die Verklagten erklärten entschieden, daß der Mann kein Angestellter der Firma war. Wenn er Leute bestelle, geschah das auf seine eigene Gefahr. Der Vorsitzende rief dem Kläger, die Klage zurückzuziehen. Der Kläger befolgte den Rat.

Kindererschulverein. Unter dem Vorsitz von Frau Oberlandesgerichtsrätin Bierhaus hielt vor kurzem der beim Kindererschulverein ins Leben getretene „Aus-Haus für weibliche Vormundschaft und Pflegepflicht“ seine erste Besprechung ab. Nach einer von der Vereinsvorsitzenden Frau Külling und der Geschäftsführerin Frau E. Hallauer gehaltenen Darlegung einer Reihe praktischer Fälle, die der Kindererschulverein in letzter Zeit bearbeitet hat, folgte eine Aussprache über die Mitwirkung ehrenamtlicher weiblicher Kräfte an der Ausübung der Vormundschaft und Pflegepflicht für gefährdete Kinder. Durch die Beteiligung des Fürsorge-Beamten vom Polizei-

Präsidentium, des Leiters des Städtischen Säuglingsheims und der Minderkontrolle, von Vertreterinnen der Lungenfürsorge, des Armenpflegerinnenvereins, von Waisenpflegerinnen, Gemeindefürsorgern und Lehrkräften wurde nicht nur eine erfolgreiche Klärung einzelner Fälle, sondern auch eine persönliche Annäherung der einander vielfach noch unbekannten Organe der öffentlichen Kinderfürsorge ermöglicht. Der Verlauf dieser ersten Veranstaltung läßt erhoffen, daß dieser neue Zweck des Kindererschulvereins sich erfreulich entwickeln und der Arbeit zugunsten gefährdeter Kinder neue Freunde zu dieser Liebestätigkeit zuführen wird. Die nächste Besprechung wird im Anschluß an eine Besichtigung des städtischen Säuglingsheimes abgehalten. Persönliche oder schriftliche Anmeldungen in beschränkter Zahl nimmt die Geschäftsstelle des Kindererschulvereins Königsstraße 9, an. Der nächste Vortrag ist Freitag, den 10. Januar, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Menarsaale des königlichen Oberlandesgerichts. Herr Stadtrat Wagner wird über „Städtische Waisenfürsorge und Minderfürsorge“ sprechen. Der Eintritt ist frei. Gäste sind willkommen.

Wahrscheinlich. Unter den Pferden des Speibittengeschäfts von Linke & Pape, im Stalle Westendstraße 19, ist die Infleuzen ausgebrochen. Mit Rücksicht auf die leichte Übertragbarkeit der Krankheit wird den Pferdebessizern geraten, ihre Tiere von dem verseuchten Orte fernzubehalten.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Gegen die Landflucht. Nach einer Meldung der „Post“ haben die in Frage kommenden preussischen Ministerien eine Verfügung erlassen, nach welcher bei Genehmigung neuer gewerblicher Stellenvermittlungsbetriebe auf dem Lande die Erhaltung des ländlichen Arbeitsnachweises besorgen. Bei der Vermittlung ausländischer Arbeiter soll die Deutsche Arbeiterzentrale besondere Berücksichtigung finden, was dadurch zum Ausdruck gelangen soll, daß eine gewerbliche Stellenvermittlung für diese Arbeiter als allgemein überflüssig zu erachten ist. Der Zweck dieser Verfügung ist natürlich, die ländliche Bevölkerung noch mehr an die Scholle zu fesseln, zugunsten der Ugrarier.

Die Schiffer-Kontrollversammlung wird am Sonntag, den 18. Januar 1913, mittags 12 Uhr, in Schirne in Karasch Gattaus abgehalten werden. Sie gilt für 1. sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften der Reserve (Jahrgänge 1905 bis 1912); 2. sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften der Landwehr I. Aufgebots (Jahrgänge 1900 bis 1904); 3. sämtliche Ersatz-Reservisten, welche im Jahre 1880 und später geboren sind und zu den Jahrgängen 1900 bis 1912 gehören; 4. die zur Disposition der Truppenteile beurlaubten Mannschaften und 5. diejenigen Mannschaften, welche zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen worden sind. Hierbei kommen nur Leute in Betracht, die in ihrem Zivilberuf die Schifffahrt betreiben und in den Verfassungen Janowitz, Jäschowitz, Kottwitz, Lanisch, Margareich, Meischowitz, Groß-Mählitz, Siebotischütz, Steine, Schirne, Wüstenborf und Zindel ihren Wohnsitz haben oder für diese Orte gemeldet sind. Wer weiter als 15 Kilometer von Schirne entfernt wohnt, braucht nicht zu erscheinen. Es ist nur zu den in der Zeit vom 1. bis 15. November jeden Jahres zu erstattenden Meldungen verpflichtet. Befreiungsgesuche sind mit orts- und strompolizeilicher Bescheinigung spätestens acht Tage vor der Kontrollversammlung an das Hauptmeldeamt des Bezirkskommandos II Breslau einzureichen. In Krankheitsfällen ist ein ärztliches Attest beizufügen.

Krieger. Freitag, den 10. Januar, nachmittags 7 1/2 Uhr, Gemeindevorstandssitzung im hiesigen Schulhaus. Wichtige Tagesordnung.

Waisenkinder. Sonntag, den 11. Januar, abends 8 Uhr, im hiesigen Schulhaus Gemeindevorstandssitzung. Auf der Tagesordnung steht der Gemeindevorstand.

Stafschin. Am Dienstag, den 14. ds. Mts., wird bei Jäschke eine Konsumentenversammlung abgehalten, weil im nahen Harklee eine Vertretungsstelle des Konsum- und Sparvereins vorwärts eröffnet werden soll, ist zu wünschen, daß alle Arbeiter mit ihren Frauen an der Versammlung teilnehmen.

Mattsch. Wieder ein Unfall in der Zuckersabrik. Am Montag nachmittag verunglückte der Arbeiter Eckelt beim Güterverladen auf dem Bahnhof. Er stürzte von seinem Krankenwagen auf das Straßenpflaster und mußte mit einem Krankenwagen in seine Wohnung geschafft werden. Schlimme Verletzungen soll er nicht davongetragen haben.

Aus aller Welt.

Gausensurz in Rom.

Neun Tote und sechs Verletzte geborgen.

In der Via del Tritone hat sich Mittwoch früh ein schweres Einbürgerungsgas ereignet. Ein dichtbewohntes Haus nürzte zum großen Teil ein und begrub zahlreiche Personen unter den Trümmern. Bis jetzt konnten neun Tote, darunter vier Kinder, und sechs Verletzte geborgen werden. Die Ursache des Gausensurzes ist, nach dem „Berl. Tageblatt“, darin zu suchen, daß in dem Keller des Hauses ohne alle Vorichtsmaßregeln nach Parzellenweise gegraben wurde. Hierdurch wurde eine Seitenmauer des Hauses untergraben, senkte sich und stürzte in sich zusammen. Es sind einige Kompanien Pioniere und Infanterie zur Hilfeleistung auf die Unfallstätte kommandiert worden. Der Verkehr in der Via del Tritone ist am Beschränkungspunkt, wo das Unglückshaus liegt, gesperrt. In dem eingestürzten Hause bestand sich eine Fremdenpension. Man berichtet, daß noch mehr Opfer unter dem Schutt liegen. Auch eine Amerikanerin namens Duffon soll unter den Toten sein. Die aus vier Personen bestehende Familie des in der deutschen Botschaft angestellten Buchhalters Rosetti und ein junger deutscher Rechtsanwalt namens Urban Schmidt aus München, der bei Rosetti wohnte, sind tot. Im ersten Stockwerk wohnte seit einem Vierteljahr ein jungverheiratetes Ehepaar, der Kaufmann Josef und seine Gattin. Beide wurden wie durch ein Wunder nur leicht verletzt. Die Hände der an das Unglückshaus angrenzenden Gasse des Puppinduziermajors sind ebenfalls gespalten. Man reißt von der Straße aus in den oberen Stockwerk ein kleines Chaos von Stuhlbeinen, Tischen und anderen Sachen. Die Katastrophe spielte sich dort ab, wo sich noch der letzten Jahre die alten Kommandanten wohlbekanntes Kaffeehaus des „Delfis Pasquale“ mit dem patriarchalischen Charakter befand.

Schwerer Seekern. Der Dampfer „Präsident Lincoln“ der Hamburg-Amerika-Linie ist in Plymouth eingetroffen. Die Offiziere erzählen, daß der Dampfer am Freitag einen außerordentlich schweren Sturm zu bestehen hatte. Die Wellen besaßen nämlich das Schiff und zertrümmerten und perschnitten alles an Bord. Unter den Zwischendeckspassagieren entstand eine große Aufregung, welche nur nach vieler Mühe beendet werden konnte. Ein Schiffsoffizier, der bereits 27 Jahre zur See fährt, sagte, er habe noch niemals ein so schweres Unwetter durchgemacht. Ferner hat der englische Kreuzer „Ratal“, der die letzte des amerikanischen Kreuzers Reichs von England nach

New York brachte, einen furchtbaren Sturm zu bestehen gehabt. Nach der Erzählung der Offiziere hat nicht viel gefehlt, daß das Schiff untergegangen wäre. Der Kreuzer war bei seiner Ankunft in New York kaum wieder zu erkennen. Sämtliche Masten waren über Bord geweht, der Apparat für drahtlose Telegraphie war zerstört worden. Ein Teil der Backbordseite war vollkommen aufgerissen, die Scherwinde waren zertrümmert, zwei Geschütze sind verloren gegangen, verschiedene Panzerplatten wurden abgelöst. Aus dem Kielraum des Schiffes mußte eine große Wassermenge herausgepumpt werden.

Grubenunglück. Auf der hiesigen Grube Kranenhold bei Saarbrücken wurden drei Bergleute und ein Bergarbeiter durch herabfallende Gesteinsmassen erschlagen. Ein verheirateter Bergmann wurde nach längerer, angestrengter Arbeit geborgen. Die beiden anderen Bergleute wurden lebensgefährlich verletzt in das Knappschaftslazarett übergeführt.

Schon wieder ein Opfer der Typhus-Epidemie. In der verflohenen Nacht starb beim 1. Bataillon des Eisenbahnregiments in Danau der zwölfte typhusranke Soldat. Die Zahl der noch krank darniederliegenden Mannschaften beläuft sich auf 176.

Töppelmord bei Wetzlar. Heute früh brannte auf dem Gut Ringenwalde bei Wetzlar eine Getreidemiete ab. Bei dem Aufstehen wurde eine männliche und eine weibliche Leiche gefunden, letztere hatte einen Strick um den Hals. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Mord. Die Ermordeten sind mit einem Kagen, welcher 2 1/2 Uhr morgens in Ringenwalde gesehen wurde, auf das Gut geschafft worden.

Die Getreiden sind als der Steuererheber Kalix und seine Tochter nunmehr rekonstruiert worden. Außerdem wurde aber auch noch festgestellt, daß auch die Frau des Ermordeten, sowie eine zweite jüngere Tochter und das Dienstmädchen der Familie vermißt wurden sind. Man hat beim hiesigen Anhaltspolizei, daß auch diese drei Personen einem Knappen zum Opfer fielen. Als Haupttäter erscheint der Dienstmacht des Kalix verdächtig. Nach einer anderen Meldung soll der Täter bereits verhaftet worden sein und auch schon ein umfangreiches Geständnis abgelegt haben.

Das Saccharinverbot im D-Bez. Die Saccharinmengen sind immer neue Mittel und Wege, um den wertvollen Süßstoff gefahrlos und unentdeckt über die internationalen Grenzen zu bringen. Ein originelles Saccharinverbot ist jetzt in einem D-Bez. der am Montag aus dem Süden auf dem Bahnhofs Bahnhof eintraf, entdeckt worden. Als

Eisenbahnarbeiter den D-Bug säuberten, fiel es ihnen auf, daß die Fenster der Kofettabelle nicht herabgelassen werden konnten. Sie öffneten mit dem Dreieckschlüssel die Verschlüsse der Kofettabelle an den Fenstern und fanden nun diese mit Saccharinpackchen angefüllt. Im ganzen kamen auf diese Weise 74 Kilogramm des Süßstoffes zum Vorschein. Wahrscheinlich haben Saccharinmuggler auch früher schon dieses Versteck benutzt, um die Kontrollwände ungehindert über die Grenzen zu schaffen zu können. Jetzt müssen sie irgendwie verhindert gewesen sein, das Saccharin vor der Ankunft in Berlin wieder aus dem Versteck zu entnehmen. Die Schmutzgelei, nach denen die Kriminalpolizei sucht, müssen Nachschlüssel oder andere Werkzeuge besitzen, mit denen sich die Fensterverschlüsse bequem öffnen lassen.

Ein schweres Verbrechen. Ein schweres Verbrechen ist gestern nachmittag bei Dramfeld in der Nähe von Hamburg entdeckt worden. Am Ufer des dortigen Sees wurden der Unterleib und der Brustkorb eines Mannes aufgefunden. Durch die sofort vorgenommene ärztliche Untersuchung wurde festgestellt, daß beide Teile des Rumpfes mit einer scharfen Säure vom Körper getrennt worden waren. Am Ufer wurde außerdem noch in den Resten eines Mannes in der Nähe der Fundstelle der beiden Körperteile ein blutgezeichnete Handschuh aufgefunden, der offenbar zur Verwundung der Leichenteile gedient hat. Die Nachforschungen in dieser Angelegenheit sind bisher vollständig ergebnislos verlaufen.

In der Notwehr seinen Gegner erschlagen. In Bitten bei Bochum getreten am Dienstag abend in einer Wirtschaft zwei Bergleute in Streit, wobei der Bergmann Jahn einen Messerstoß in die Brust erhielt. Jahn ergreift in seiner Erregung ein Bierglas und geschmettert seinem Angreifer Adomett die Schädeldede. **Erdrückungsgeld „Recht“.** Aus Rom wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Dem Buchstaben des Gesetzes, der so viele Opfer heischt, ist dieser Tage ein Wallländer Postbeamter hingebracht worden, obwohl es den Richtern selbst seiner Jammer. Der Mann, der die Rasse unter sich hatte, kam durch schwere Krankheit in der Familie in bringende Geldnot. Er wußte, daß er binnenkurzem eine größere Geldsumme, die man ihm schuldet, einfließen würde. Da aber die Krankheit dringend Ausgaben forderte, unterließ er die Gelder und änderte die Eintragungen. Im ganzen waren es 1424 Lire, die er nach wenigen Wochen zurückzahlen konnte. Ein Wiedermann zeigte den längst wieder gutgemachten Schaden in einem anonymen Briefe selbst der Postbehörde an. Der unglückliche Beamte verlor seine Stelle und wurde noch zu elf Monaten Gefängnis verurteilt, dem Minimum, das das Strafrecht zuläßt. Verteidigt wurde er von dem früheren Unterstaatssekretär im Postministerium, dem Abgeordneten Ronchini.

Aus dem Baugewerbe.

Eine Fabrikkolonne hatte vertikal den Abzug eines Hauses auf der Neuen Dautenstraße für die Pauschalsumme von 1000 Mark übernommen. Aus diesem Vertragsverhältnis sind Streitigkeiten entstanden, die vor dem Gewerbegericht ausgetragen wurden. Die Kolonne klagte gegen den Maurermeister die Arbeiter auf Zahlung eines Restlohnens von 100 Mark. Die Arbeiter gaben an, sie seien vor Vollendung der Arbeit entlassen worden. Sollten sie die Arbeit fortsetzen können, dann würden sie auf den Auftragsvertrag noch 108 Mark nachzubekommen haben; sie wollen den Betrag aber auf 100 Mark abzurufen. Der Verfall behauptete dagegen, die Arbeiter hätten die Arbeit eingestellt und ihr Anspruchsrecht deshalb begründet. Das Vollenden des Hauses durch andere Arbeiter hätte ihm bedeutend mehr als 100 Mark gekostet. Die Kläger blieben dabei, entlassen worden zu sein; der Verfall habe ihnen die Arbeitspapiere zurückgegeben, womit doch die Entlassung ausgesprochen sei. Das Gewerbegericht entschied zu Gunsten der Kläger und verurteilte den Verfall zur Zahlung von 85 Mk. Wegen des Restes soll noch Beweis erhoben werden. Das Gericht erkannte an, daß der Verfall einen Fehler begangen hat, dafür aber sei der Meister verantwortlich.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Vom Oberbahnhof. Im preussischen Staatsbauplan für 1918 sind als fernere Rate 300 000 Mark zur Erweiterung des Oberbahnhofs festgesetzt; bearbeitet heißt es: Die Stadt Breslau hat sich nach dem nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen verpflichtet, außer einem Wertbeitrag von 150 000 Mark zu den Kosten der schienenfreien Durchführung und Verbreiterung der Niedergasse einen weiteren Wertbeitrag von 78 000 Mark für den Umbau der Trebnitzerstraße, zusammen also 228 000 Mk., zu zahlen. In den veranschlagten Gesamtkosten von 2 849 000 Mk. tritt dadurch keine Veränderung ein.

Vom Duelltag. In wie regelloser Weise sich manchmal die Streiche benehmen, die Anspruch auf eine besonders feine ausgeprägte Ehre erheben, zeigt eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 11. Division. Der Kommandeur der Reserve-Infanterie 1. Bataillon, in der Nacht vom 23. zum 24. September nach reichlichem Genuß von Alkohol in ein Lokal, einmischen dort liegenden Personen gegenüber äußerte er: „Hier ist alles voll Judentum, hier bleibe ich nicht.“ Ein jüdischer Student Michaelson fragte, ob er die Worte auf sich beziehen solle. Der Angeklagte sprach: „Welches Drama antage ich redet hier ein.“ Nun schlug der Student Luz eine Forderung auf. Dieser fand die Luz eine Forderung auf. Dieser fand die Luz eine Forderung auf. Dieser fand die Luz eine Forderung auf.

Das Schmalhaus „Schwarzes Kreuz“ (Nachmittags), Dinterbische 1. hatte im Jahre 1912 eine Einnahme von 30 069,22 Mk., eine Ausgabe von 28 514,89 Mk. Die Zahl der Beherbergungen betrug im ganzen 86 000; beteiligt waren dabei in 200 Fällen Frauen und Kinder, in 28 000 Männern. Die Anstalt hat also durchaus segensreich gewirkt.

Die Vereinsberatungsstelle des Vereins Frauenwohl ist in den Räumen der Reichshauptkassette, Basteigasse 6a und hält ihre Sprechstunden jeden Sonnabend, nachmittags von 5 bis 6 Uhr ab. Durch ihre Verbindung mit dem Frauenverein in Berlin und dem Kartell der Deutschen Auskunftsstellen für Fraueninteressen, kann sie erschöpfende Auskunft über die den Frauen offen stehenden Verufe und über die wirtschaftlichen Ausichten geben, die sie bieten. Ebenso erhalten dort ältere Frauen Auskunft in allen Berufsfragen.

Erdbeben. Die Apparate der Königl. Erdbebenwarte in Krieteren registrierten heute nacht 12 Uhr 4 Minuten ein ganz schwaches Fernbeben, dessen Entfernung nicht festgestellt werden konnte, heute morgen 4 Uhr 8 Minuten ein stärkeres Beben in einer Entfernung von circa 9600 Kilometer und heute morgen 5 Uhr 18 Minuten ein sehr schwaches Beben, das vermutlich denselben Herd hatte. Gesamtdauer bis gegen 1/2 7 Uhr.

Vermisst wird seit dem 2. d. Mts. das Dienstmädchen Bertha Grabisch, die bis dahin Königsplatz 7 in Stellung gewesen ist. Sie hat am genannten Tage ihre Sachen durch einen Koffer nach der neuen Dienststelle auf der Fürstenstraße schaffen lassen, ist aber selbst dort nicht erschienen und wird seitdem vermisst.

Bestimmungslos und völlig erstarret aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht gegen 2 1/2 Uhr auf der Vincenzstraße, Ecke Mehlgasse, ein unbekannter Mann, der auf dem Straßenpflaster lag. Ein Schuhmann, der ihn aufgefunden hatte, rief sofort die Samariter der Feuerwehr herbei, die den Bewußtlosen mittels ihres Krankenwagens nach dem Allerheiligenhospital schafften.

300 Mark gestohlen sind am Dienstag einer auf der Dellhornstraße wohnhaften Zeitungsträgerin. Sie hatte das Geld von den Abonnenten einkassiert und hielt es hinter dem Ofen ihres Zimmers verwahrt. Der Dieb muß eine Person sein, die von dem Versteck Kenntnis gehabt hat.

Ein Sammelbuch für Leihbibliothekbescheinigungen ist gefunden worden. Es ist auf den Namen Georg Poyer ausgestellt, und kann von unserer Redaktion abgeholt werden.

Verloren wurden eine goldene Kramatennadel mit zwei Perlen, ein goldenes Gliederarmband, ein Paket mit weißen Schürzen, ein roter Kindermantel, ein grüner Kompass mit Inhalt, eine goldene Damenuhr, je ein Portemonnaie mit über 200, 40, 285 über 80 Mark und ein weiteres mit Konsummarken und einem goldenen Ring.

Geunden wurden ein Kation mit Vorleschneideln und Brochen, ein photographischer Apparat, ein braunes Portemonnaie mit Inhalt, ein Perlenhandtäschchen mit Inhalt, ein Zehnmarkstück und ein paar braune Pelzhandschuhe. Zu erfragen im Fundbureau des Polizei-Präsidiums, Ullulinerstraße 29.

Vereine und Versammlungen.

Distrikt 2 des sozialdemokratischen Vereins (Sauerbrunnen). Unser Schlaband wird nunmehr im Lokal des Herrn Wegner, Viktoriastraße 2, abgehalten; Redner ist Genosse Darr. Der Distriktsführer.

Arbeiterbewegung.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Der für das deutsche Malergewerbe bestehende Reichstarktarifvertrag läuft am 15. Februar dieses Jahres ab. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Vertrages begannen am 8. Januar unter dem Vorsitz des Herrn Geschäftsdirektors Dr. Bremer-München, Magistratsrats v. Schulz-Berlin und Beigeordneten Rath-Essen im Gewerbegericht zu Berlin. Die bisherigen Vertragskontrahenten waren anwesend, außerdem hatten sich noch als Vertragsteilnehmer gemeldet der Bund Deutscher Dekorationsmalermaler in München, der polnische und der katholische Arbeiterverein. Der Arbeitgeberverband ersucht, alle drei Verbände nicht zuzulassen. Von Arbeiterseite wird hervorgehoben, daß für sie maßgebend sei, ob eine Organisation, die am Tarifvertrage beteiligt sein wolle, auch eine solche sei, die auf dem Boden des Tarifvertrages steht und auch den notwendigen Einfluß besitzt, für die Durchführung des Vertrages wirken zu können. Die Unparteilichen ziehen sich darauf zurück, um eine protokolllarische Erklärung in Vorschlag zu bringen. Deren Kasus wurde nach längerer Beratung von Seiten der einzelnen Parteien, wie folgt angenommen:

„Die Parteien sind sich einmütig darin einig, daß der neue Vertrag nur zwischen den Vertragsparteien abzuschließen werden soll, andererseits behalten sie sich vor, mit anderen Organisationen Sonderverträge abzuschließen. Diese Sonderverträge sind auf der Grundlage des Reichstarktarifvertrages aufzubauen und dürfen insbesondere für die am Reichstarktarifvertrag nicht beteiligten Parteien keine günstigeren Bedingungen enthalten, als sie in dem neu abzuschließenden Vertrage gegeben sind.“

Von Arbeiterseite werden die Unternehmerverbände ersucht, bevor in die Beratung des Tarifvertrages einzutreten wird, sich vorerst einmal zu äußern, welches Angebot sie hauptsächlich in Bezug auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu machen haben. Die Unternehmer können sich über die Frage der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung nicht äußern, da sie heute erst die Forderung der Arbeiterorganisationen erhalten haben. Sie beantragen Vertagung der Sitzung bis Donnerstag morgen 9 Uhr. Der Antrag wurde angenommen.

Nach der Bewegung im Saargebiet. Am Sonntag, den 6., und Montag, den 8. Januar, fanden im Saargebiet eine große Anzahl von Versammlungen, einberufen vom alten Verband, statt. In diesen wurde das Treiben der christlichen Großklappen und ihre famose Taktik in das rechte Licht gestellt. Die Versammlungen waren durchgängig sehr gut besucht. Selbst in den dunkelsten Ecken, wie im Kellertal, in Büttlingen, in Saarwellingen, Spiesien usw. wurden die Ausführungen der Verbandredner mit großem Beifall begleitet. Von Interesse waren die Gegenreden der Diskussionsredner des christlichen Gewerkevereins, die in ihrem Eifer um die gute Sache sich und den Gewerkeverein schwer in den Sumpf rieten. Von der Grube Michard wurde in der Versammlung zu Lautstimmigkeit berichtet, daß, statt das Bedingte zu erhöhen, es noch auf einzelnen Arbeitspunkten erniedrigt worden sei. So sehen also die Verprechungen aus.

Die Bergarbeiter sehen sehr ein, daß sie bei all den von den christlichen Strategen gefassten Beschlüssen die Dummen sind. Bei steigender Konjunktur und gleicher Leistung wie vorher sollen die Löhne steigen. Um wieviel die Löhne steigen sollen, wird in der Erklärung nicht gesagt, es liegt das im Belieben der hohen Herren. Die Bergarbeiter können auch nicht begreifen, wie man bei solch leeren Versprechungen noch von Erfolgen reden kann. Mit der Erklärung der Bergwerksdirektion, die nichts an der verschlechterten Arbeitsordnung ändert, sondern sie nur erklärt, mit den Verprechungen, die Löhne zu erhöhen, mußten sich die Bergarbeiter abfinden. Die Christen ernten jetzt die Früchte ihrer Taktik, dadurch, daß die Saarbergleute in Massen dem Gewerkeverein den Rücken kehren.

Die Sommerfelder Textilarbeiter sind in eine Bewegung eingetreten, um ihre traurigen Lohnverhältnisse etwas zu verbessern. Es werden daher alle organisierten Textilarbeiter eruchtet, den Zug nach Sommerfeld zu vermeiden und fernzubleiben.

Zur Ausbesserung der Fischdampfermannschaften an der Unterweser. Für das Maschinenpersonal sind die Fischdampfer in Westmünde, Bremerhaven und Nordenham gepipert. Jeder solle Solidarität!

Eisenbahnerstreik in Catalonien. Die Bahnangestellten der catalonischen Eisenbahngesellschaft haben den Ausstand beschlossen. Am 13. ds. Mts. wollen sie die Arbeit niederlegen. Generalmerrie wurde bereits nach verschiedenen Stationen abgehandelt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Der Streik in Amsterdam hat sich nicht weiter ausgedehnt, da die großen Zeitungen Lohnerhöhungen zugesprochen und auch viele kleinere Druckereien nachgegeben haben. Nur eine Anzahl Wochenblätter wird diese Woche nicht erscheinen.

Neueste Nachrichten.

Der Balkankrieg und seine Folgen.

Konstantinopel, 9. Januar. Der türkische Ministerrat beschloß gestern nachmittag, den türkischen Friedensdelegierten in London neue Instruktionen zu senden, um die Verhandlungen wegen des Friedens weiterzuführen. Wie es heißt, hat die Pforte nunmehr den Entschluß gefaßt, der Friedenskonferenz abermals neue Vorschläge vorzulegen, und man hat bereits eine neue Grenzregulierung ausgearbeitet, der auch die Militärpartei zugestimmt haben soll. Hinsichtlich der Festung Adrianopel bleibt jedoch die Türkei unnachgiebig. Die Vollherrscher der europäischen Großmächte in Konstantinopel sprechen fast täglich über die Pforte vor, um sie zu veranlassen, auf die Festung Adrianopel Verzicht zu leisten. Dies ist jedoch sehr unwahrscheinlich, da die Militärpartei, die in Konstantinopel zurzeit einen sehr großen Einfluß auf die Regierung ausübt, auf die Festung Adrianopel nicht verzichten will. An der Spitze der Militärpartei steht der bekannte Führer Envers Bey.

Konstantinopel, 9. Januar. Die hiesige Presse richtet gegen das Kabinett sehr scharfe Angriffe und fordert die sofortige Zurückberufung der Friedensdelegierten aus London. Die europäischen Großmächte, die erst so schöne Worte hatten, mühten die verbündeten Balkanstaaten zwingen, ihre Forderungen an zu erfüllen, denn bisher habe sich die Türkei nur allein immer nachateilig gezeigt, während die Alliierten von ihren anfänglichen Forderungen nicht abgesehen seien. Ein solcher Handel sei auf die Dauer allerdings unmöglich.

Die Lage in Adrianopel.

Sofia, 9. Januar. Fast tagtäglich treffen türkische Deserteure ein, die aus Adrianopel entkommen sind. Sie berichten, daß die Festung von schweren Krankheiten heimgesucht wäre. Sowohl unter der Garnison, sowie auch unter der Zivilbevölkerung riefen Evidenzen große Verdrerungen an. Andererseits verlautet, daß die Stadt noch reichlich mit Lebensmitteln versehen sei. In Sofia ist man davon überzeugt, daß sich unter der Besatzung in Adrianopel auch der türkische Thronfolger (?) befindet. Man hofft somit, daß, wenn Adrianopel in die Hände der Bulgaren fällt, der türkische Thronfolger als Kriegsgefangener in die Hände der bulgarischen Truppen fallen müsse.

Der Griechen-Feldzug.

Saloniki, 9. Januar. Die ganze 6. griechische Division ist mittels 12 Transportdampfern nach Volo abgegangen. Sie wird mit der Bahn nach Kalabola und von dort über Megalopoli gegen Janina vorgehen. In Saloniki verbleiben Teile der ersten und zweiten Division. Es verläutet, daß nötigenfalls auch die erste Division nach Janina abziehen werde.

Balkona eingeschlossen.

Rom, 8. Januar. Die Blätter erhalten Nachrichten, daß in Korfu italienische Korrespondenten anlangen, die auf einer Karte aus Vailona geflüchtet seien und dann an Bord des griechischen Kanonenbootes „Eurotas“ genommen wurden, das, wie die Korrespondenten melden, das Kabel durchschnitte, bevor es sie nach Korfu brachte und so Vailona isolierte. Die Bevölkerung Vailonas lebe in Angst unter den Feindseligkeiten der Serben, Griechen und Türken und erbat die Anknüpfung der Schiffe zu ihrer Rettung. Die Blockade Vailonas wird von den Griechen fortgesetzt.

Aus der Thatsachen-Welt.

Konstantinopel, 9. Januar. Wie hierher berichtet wird, hat die türkische Armee in der Thakalidscha-Linie umgesehen durch Kälte und Regen zu leiden.

Strasbourg i. E., 9. Januar. Bei dem lothringischen Orte Detlingen hat sich gestern ein schweres Automobilunglück ereignet. Dort stürzte das Automobil des Bürgermeisters Pfeiffer aus Weitemburg in Augenburg eine tiefe Straßenschlucht hinab. Der Bürgermeister erlitt einen gefährlichen Schädelbruch. Der Chauffeur und drei weitere Insassen sind schwer verletzt. Der Kraftwagen wurde vollständig zerstört.

Schleissstadt, 9. Januar. Gestern abend wurde der hiesige Bankdirektor Müller von der hiesigen Filiale der „Société generale alsacienne de Banque“ verhaftet. Nach einer vorläufigen Aufstellung belaufen sich die Unterzahlungen dieses Bankiers auf circa 100 000 Mark.

Rosenhagen, 9. Januar. Bei Beste in Jylland kürzte ein Wagen, der nach einem Feste in einem Nachbarorte mit heimkehrenden Fahrgästen dicht befüllt war, in einen See. Der Kurier hatte im dichten Nebel den Weg verfehlt. Ein Mann und zwei Kinder erkrankten, die übrigen konnten sich mit vieler Mühe retten.

Rom, 9. Januar. Von den Bewohnern des eingestürzten Hauses in der Via del Tritone sind bisher 13 Tote und 4 Schwerverletzte geborgen worden.

Genau geliebt. Die „München-Augsburger Abendztg.“ veröffentlicht eine Publikation, wonach der hiesigen Kapuzinerpater Bernhard Wuracher am 2. Januar 1918 nach 31-jähriger Ehe, die am 21. Dezember 1908 geschlossen worden war, in den Generalrat in Rom zurückgeführt ist.

Ergebnisse der hiesigen Markt-Notierungen-Kommission.

Ware	hoch		niedr.		mittler		gering	
	100	100	100	100	100	100	100	
Weizen, weicher	17 80	18 40	18 30	17 40	17 80	17 80	17 80	
Weizen, gelber	19 20	18 80	18 20	17 80	17 80	17 80	17 80	
Weggen	16 40	16 90	16 80	16 80	16 80	16 80	16 80	
Weggenste	18	17	16 90	16	16	16	16	
Wesle	18	17 70	17 10	16 70	16 70	16 70	16 70	
Kafer	18 20	15 90	16 80	15 80	15 80	15 80	15 80	
Wasserkraut	28	24	23	22	22	22	22	
Erbsen	21 80	23	19 80	18 60	18	18	18	
Winterweizen	26 70	27	26 80	25 70	25 70	25 70	25 70	

Gen per 100 Kgr. neuer 689-710 Mt.
Bergweizen per 100 Kgr. 4.80-5.20 Mt.
Weizenstroh 100 Kgr. 8.20-8.60 Mt.
Breslauer Weizenmarkt. Weizen ruhig per 100 Kilogramm inkl. Endbrutto Weizenmarkt 26.00-26.50 Mt., Roggenmarkt 24.00-24.50 Mt., Roggen-Straßenmarkt 23.50-24.00 Mt., Roggen-Suttermarkt 11.75 bis 12.25 Mt., Weizenkleie 11.25-11.75 Mt.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Rach. Bresl. Distrikt	7. Januar		8. Januar		9. Jan.	
	Wm. 2 Uhr	Wm. 8 Uhr	Wm. 7 Uhr	Wm. 2 Uhr	Wm. 8 Uhr	Wm. 7 Uhr
Luftwärme (C)	+2,5	+1,9	+0,8	+1,1	-1,1	-1,0
Luftfeuchtigkeit (%)	72,4	70,9	78,4	76,4	76,1	76,9
Niederschlag (mm)	4,3	4,1	4,7	8,9	8,7	5,4
Niederschlag (mm)	79	78	88	79	88	82
Wind (0-12)	SW 1	SW 1	WS 1	WS 3	WS 3	WS 1
Wetter	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt

*) Zur Reduktion auf Meeresebene sind 13,1 mm hinzuzufügen.
Höhe der Niederschläge seit gestern früh 0,10 mm. — Gestern vormittags Regen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Station	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand					
9. 1.	1,48	1,78	0,14	2,07	1,50	4,84	2,48	1,42	1,18	5,16	1,02	1,00		
8. 1.	1,48	0,03	1,81	0,12	1,15	1,80	4,68	2,55	1,49	1,25	1,16	0,92	1,10	1,92
Wasser	1,68	0,98	2,12	0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,68	1,58	5,00	0,14	1,88	0,42

*) Auslieferungshöhe f. Kottwitz 3,50; für Treßden (Ober) Dyle-Niederung 3,27.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Donnerstag, den 9. Januar:
Sitzstube des Sozialdemokratischen Vereins. Vortragsgabe von 6 1/2-9 1/2 Uhr im Zimmer 2.
Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land) Neumarkt.
Distrikt 8 (Bezirk Klein-Moschorn) Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 Uhr: Ballabend bei Ulrich.
Sonntag, den 12. Januar:
Brieg. Zimmerer. Stichwahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Die trefflichste Waffe
im Kampf gegen Langeweile und ible Laune
Unsere Marine
Georg A. Jasmatzi Act. Ges. Dresden
Größte deutsche Cigarrenfabrik

Aus Ober-Schlesien.

Stadtverordnete und Stadträte

auf der Anklagebank.

Unter großem Andrang des Publikums begann am Mittwoch vor der Rathhörer Strafkammer der Prozess wegen der umfangreichen Unterschlagungen, über den wir schon gestern einen Vorbericht brachten. Die Verteidigung haben übernommen die Rechtsanwälte Dr. Koppenhagen (Witkowi), Ploniet und Dr. Brauer (Ratibor) und Justizrat Ramroth (Breslau). Es sind vorläufig 50 Zeugen geladen. Der als Zeuge geladene Großkaufmann Böhm, der nicht erschienen ist und sich wahrscheinlich im Ausland befindet, wird auf Antrag des Staatsanwalts in eine Geldstrafe von 50 Mark genommen.

Die Anklage lautet gegen Stadtrat Schmidt auf Amtsverbrechen, gegen die übrigen Angeklagten auf Betrug, Unterschlagung und Bestechung. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich schuldig bekenne, antwortet der Angeklagte mit „Nein“. Vorsitzender: Sie hatten die gesamte Verantwortung für den Betrieb? — Angeklagter: Aber nur unter der Aufsicht des Leiters, Gehelmar Dr. Janber. — Vorsitzender: Sie hatten sämtliche für die Anklage zu liefernden Gegenstände in Empfang zu nehmen und für deren Verwendung zu sorgen. — Angeklagter: Die Hauptaufgabe hierbei hatte der Kontrolleur. Der Angeklagte befreit auf Betragen entscheidend, die Anklage schließt die Befehlsbefugnisse in Empfang genommen zu haben. — Vorsitzender: Sie sollen gewisse Lieferanten bevorzugt haben? — Angeklagter: Nein. Andere Firmen kamen für die Lieferung eben nicht in Betracht. — Vorsitzender: Es wird Ihnen nun zum Vorwurf gemacht, daß gerade die Firmen, die zu den Lieferungen herangezogen wurden, nicht reell geliefert haben. — Der Angeklagte schiebt die Schuld hierfür auf den Kontrolleur. Weiter erklärt er: Wenn die Erträge aus der Fleischwirtschaft der Anklage zu niedrige waren, so liege die Schuld an dem betreffenden Inspektor und an der schlechten Beschaffenheit des Fleisches. Die Behauptung, daß fette Schweine aus der Anklage zum Schlachthofe transportiert und dafür magere zurückgebracht worden, erklärt der Angeklagte für falsch. Von einem Lieferant habe er in zwei Fällen je 100 Mark erhalten, aber nur als Gegenleistung. Bei der Verzeirung seiner Tochter seien dieser allerdings kostbare Geschenke von den Lieferanten überhandt worden, er will diese jedoch sämtlich zurückgeschickt haben. — In der Vorunternehmung ist aber durch Zeugen festgestellt, daß diese Behauptung unrichtig ist. Auch den Vorwurf der Bestechung durch die Engroskaufleute, durch allerlei Waren, wie zum Beispiel Weib, weist der Angeklagte zurück. Bei einem Unfallsturz wurde einmal eine Kutsche erlitten, daß bei dem Angeklagten eine große Menge von Weihnachtsgeschenken bemerkt worden seien, welche Bestechungsmittel darstellten. Darauf wurde dann die nähere Untersuchung eingeleitet.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten Schmidt vor, daß er seinen Posten arg vernachlässigt haben müsse, sonst hätte er merken müssen, daß aus den Schweinen, die für die Anklage geliefert wurden, 5 bis 10 Pfund Fleisch herausgeschlitten waren. Schmidt behauptet, daß hier lediglich Nachschuß gegen ihn vorliege. Der Anklage wurden die Schweine geliefert, die sie selbst zum Schlachten herausgegeben hatte. Wenn in dieser Beziehung Nebenstände vorhanden gewesen wären, so sei das darauf zurückzuführen, daß bei den Schlachtungen in der Anklage diese fremden Fleischern und nicht dem angeklagten Personal überlassen wurden. Im übrigen können nach seiner Ueberzeugung nur regelmäßige Lieferungen in jeder Anklage vor. Weiter wird dem Angeklagten zur Last gelegt, Kinder zu auffallend niedrigen Preisen an den Fleischer Jibis verkauft und auch die Hefle zu niedrigeren Preisen abgesetzt zu haben. Der Angeklagte Schmidt gibt zu, daß dadurch der Anklage Tausende verloren gingen, er selbst habe aber fortwährend davon Meldung gemacht, es sei aber nichts dagegen geschehen. Zugaben muß Schmidt, daß er allmonatlich von Jibis einen Festbraten erhielt, auch Schinken und Würstchen. Von dem Mitangeklagten, Kaufmann Kronade, will Schmidt ebenfalls keine Geschenke angenommen haben. Seine Frau habe sich allerdings einmal 40 Mark, seine Tochter einmal 52 Mark bei dem Kaufmann erworben. Das Geld ist bis heute noch nicht zurückgezahlt. Der Angeklagte Kronade hatte für die Anklage die Lieferung von Sämereien, Weizen etc. und soll dafür doppelte Preise verlangt und erhalten haben. Kronade hat zugegeben, daß er jährlich etwa für 100 Mark Waren an Schmidt für dessen Familienbedarf lieferte. Weiter hält der Vorsitzende dem Angeklagten Schmidt vor, daß er an den Mitangeklagten, Dampfmaschinenbesitzer Schulz, Roggen weit unter dem Marktwerte verkauft habe. Schmidt erklärt hierzu, daß der Roggen minderwertig war. Ferner kommt zur Sprache, daß Schmidt von Schulz Geldgeschenke angenommen hat, von dem Fleischer Baieka einen Schinken, den Frau Schmidt zum Schein bezahlte; sie steckte aber das Geld später wieder ein. Von der Firma Keller in Breslau erhielt Schmidt Geldgeschenke, was er auf die Freundschaft zwischen ihm und Keller zurückführt. Keller lieferte für jährlich 1000 Mark. Fabrikbesitzer Julius Haase gab Schmidt zweimal je 100 Mk. — Der Vorsitzende betont, daß Haase selbst zugegeben habe, es habe sich um Schmiegelder gehandelt. Als sich ein Hundstehler bewährte, daß ihm die bisherigen Lieferungen kleiner Schweine an die Anklage entzogen wurden, jagte ihm sein Vorgesetzter: Sie werden wohl die Schmiegelder vergessen haben. Der Vorsitzende konstatiert weiter aus den Akten: Ein Kaufmann identisch der Familie Schmidt schufte und machte Fräulein Schmidt ein kostbares Schmuckstück, ein Neiderring, identisch der Hochzeit ein Glas mit Silberbesatz. Schmidt will dies nicht angenommen, sondern zurückgeschickt haben. Ein Progenhändler identisch einem Kojan und eine Majolikabatte; eine Firma lieferte für die Anklage unbrauchbar gewordene vergilbte Gebetsbücher. Dafür machte Schmidt mit dem Firmeninhaber Spritzfahrten. Ein Kaufmann hatte an die Anklage einen Gasofen geliefert, der als zu teuer beanstandet wurde. Schmidt schickte die Rechnung zurück mit der Aufforderung, einen Betrag abzugeben und diesen für eine fingierte Lieferung von hundert Glasflaschen in Rechnung zu bringen. — Die Mitangeklagten Schmidt behaupten sämtlich, daß sie sich bei den Geschenken an den Angeklagten Schmidt nichts gedacht hätten. Insbesondere wollten sie nicht irgend welche Vorteile für sich herausklagen; sie hätten die Geschenke lediglich aus Freundschaft für die Familie Schmidt gemacht.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

nach dem Vortrage der Finanzkommission unter Streichung des Betrages von 300 Mark zum Bau eines Schweinestalles in Einnahme auf 54.100 Mark, in Ausgabe auf 11.800 Mark festgelegt. Dem Stadtbaumeister Böhm wurde eine Unzulänglichkeitsliste von 200 Mark bewilligt. Nach Kenntnisnahme von der Anstellung des Schlachthofdirektors Wolf erfolgte die Anstellung des bisherigen Nachwärtlers Siephan als Magistratsbock. Die Stadtväter erklärten sich damit einverstanden, daß ein Gasbeschalter mit schiedenscheinem Vorkauf für 3000 Mark in Kauf genommen, der später auf 6000 Mark erweitert werden kann und ein zweiter Stationsgasmesser für 250 Mark in Kauf genommen werden. Die Kosten werden auf 60—70.000 Mk. veranschlagt. Der Magistratsrat, daß Personen bis einschließlich 660 Mark Einkommen von der Einkommensteuer befreit sind, und für Jenseits mit einem Einkommen von 300—120 Mark ein Steuerfah von 2,40 Mark in Anrechnung kommt, fand nach längerer Debatte Annahme, ohne daß auf die Anfrage des Stadts. Janus, ob die Rücksteuerzahler dadurch ihr Wahlrecht verlieren, vom Magistrat eine Antwort gegeben wurde. Beschlossen wurde noch die bereits bestehende Allgemeine Ortskrankenkasse zu einer solchen im Sinne der Reichsversicherungsordnung auszubauen. Damit waren die Arbeiten der ersten Stadtväterung in diesem Jahre erledigt.

Kattowitz, 9. Januar. Ein dreifacher Raub wurde am Dienstag abends in der achten Stunde auf der Leichstraße an der Kaufmannsrau Fuchs, Volkstraße Nr. 5 wohnhaft, verübt. Als die Frau ihrer Wohnung zurück, näherte sich ihr ein junger Mann, der ihr das an der Hand hängende Täschchen herausriß und durch die Meißnerstraße und Karlstraße davonlief. Der Räuber wurde jedoch verhaftet. Im Hause Karlstraße 2 warf er das Täschchen in den Hausflur. Er wurde bald darauf festgenommen und in ihm der Malergehilfe Konrad Ochmann von hier ermittelt. Er hatte einen Genossen gehabt, der ihm bei diesem Raube behilflich war. Es ist dies ein Malergehilfe Franz Laut aus Oppeln. Es handelt sich um zwei gewohnheitsmäßige Taschenräuber.

Kattowitz, 9. Januar. Unter Verdacht der Spionage zugunsten Oesterreichs wurde in Sosnowice ein bekannter russischer Pferdehändler und Automobilbetreuer verhaftet, der auch hier seit längerer Zeit ständig eine Wohnung unterhält. Die Festnahme erregt in Sosnowice und Kattowitz großes Aufsehen.

Königschütze, 9. Januar. Keine königliche Polizei für den ganzen Regierungsbezirk. Bei Gelegenheit der Eröffnung der ober-schlesischen Volksschule in Königschütze, an der die große Mehrheit der ober-schlesischen Kommunen beteiligt ist, hielt der Kreisratpräsident von Schwerin eine bedeutende Rede, in der er die von vielen Seiten angeforderte Einführung der königlichen Polizei für Ober-schlesien als wenig ausführungsfähig bezeichnete. Das ist mit Rücksicht auf die ungenügende Sicherheit in Ober-schlesien bedauerlich. Bei einer besseren Organisation der Polizei für den ober-schlesischen Industriebezirk könnte auch diesem Uebelstande mit mehr Erfolg begegnet werden. Als ein kleiner Fortschritt ist es zu begrüßen, daß der Regierungspräsident der Vereinheitlichung der ober-schlesischen Kriminalpolizei das Wort redete.

9. Januar, 1. Bödlicher Sturz vom Rade. Der Häner Vincent Grewa aus Wleskowa fuhr mit seinem Rade zur Arbeit. Am Dominium in Mulktschitz stürzte er so unglücklich vom Rade, daß er sich einen Schädelbruch zuzog. G. starb bald nach Eintreffen im Knappschaftslazarett.

Breslauer Schlachthofmarkt. Wollischer Markt über den Hauptviehmarkt am 8. Januar 1918. Der Markt betrug: 1660 Rinder, 2284 Schweine, 974 Kühe, 121 Schafe. Ueberhand vom vorigen Markte waren: — Rinder, 1 Schwein, — Kühe, 45 Schafe.

Es wurden gegolten für 60 Kilogramm:

Lebendgewicht	Schlachtgewicht
1. Rinder, A. Ossen: Schlachttiere, ausgewählte Ossen höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gegolten haben (ungekocht) 46-49 81-86	
Schlachttiere, ausgewählte, im Alter von 4 bis 7 Jahren 42-44 76-81	
Junge, fleischig, nicht ausgewählte u. ältere ausgewählte 35-37 70-74	
Wichtig geachtete junge, gut geachtete ältere 41 31 81 89	
B. Kühe: Schlachttiere, ausgewählte höchsten Schlachtwerts 47-49 81-83	
Schlachttiere jüngere 42-45 76-82	
Wichtig geachtete junge, gut geachtete ältere 36-39 72-78	
C. Ratten und Fische: Schlachttiere, ausgewählte Ratten höchsten Schlachtwerts 44-46 77-81	
Schlachttiere, ausgewählte Ratten höchsten Schlachtwerts, ausgewählte Fische höchsten Schlachtwerts, bis zu 7 Jahren 39-43 72-80	
Bessere ausgewählte Fische und wenig gut entwidelte jüngere Fische und Ratten 33-35 64-70	
Wichtig geachtete Fische und Ratten 28-30 60-64	
Wering geachtete Fische und Ratten 21-22 60-65	
D. Zerlung geachtete Jungvögel (Geflügel): II. Hühner: Doppelseher feinsten Rast feinsten Masthühner (aus Norddeutschland) 50-62 102-107	
Wettere Mast- und beste Saughühner 53-55 95-98	
Wettere Mast- und gute Saughühner 42-48 84-98	
Weringe Saughühner 46-49 82-98	
III. Schafe, A. Stallschafe: Mastlamm und jüngere Mastlamm 35-38 76-83	
Wettere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut geachtete junge Schafe 26-30 62-71	
B. Weidenlamm: Mastlamm 35-38 76-83	
Wettere Mastlamm und gute Sauglamm 26-30 62-71	
IV. Schweine: Schlachttiere, ausgewählte über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht 64-66 80-83	
Schlachttiere, ausgewählte über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht 63-65 81-83	
Schlachttiere, ausgewählte über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht 62-64 81-84	
Schlachttiere, ausgewählte bis 60 Kilogr. (120 Pfund) Lebendgewicht 58-60 77-80	
Sau und geschaltene Eier 53-60 75-78	
Festgeschaltene über 100 Kilogr. (3 Gentner) Lebendgewicht 67-69 82-84	

Der Geschäftsgang war für Rinder langsam, sonst mittelmäßig; Zellschweine waren wenig gefragt.

Kauf für nach Ober-schlesien: 220 Rinder, 50 Schweine, 65 Kühe; nach Mittel- und Niederschlesien: 19 Rinder, 104 Schweine, 8 Schafe; nach Sachsen: 115 Rinder, 88 Schweine, 5 Schafe; nach Westdeutschland: 120 Rinder. — Ueberhand verbleiben: 11 Rinder, 1 Schwein, 16 Schafe.

11 Rinder, den Schweinen wurden verkauft: 14 Stück zu 72, 11 zu 71, 35 zu 70, 23 zu 69, 50 zu 68, 103 zu 67, 809 zu 66, 431 zu 65, 860 zu 64, 318 zu 63, 234 zu 62, 89 zu 61, 132 zu 60, 10 zu 59, 42 zu 58, 59 zu 57, 20 zu 56, 18 zu 55, 1 zu 54, 1 zu 50, 1 zu 41 Mk.

Erwartungsvoll

sieht die Damenwelt dem am 20. Januar beginnenden grossen

Inventur-Ausverkauf

entgegen

Wegen Aufnahme der Lager und Vorbereitung

Sonnabend geschlossen

Eine grosse und gewaltige Kaufgelegenheit zu Inventurpreisen

M. Schneider

BRESLAU
Neue
Schweidnitzerstr. 1

Neubau OZ., 6. Januar. Die Stadtväter nahmen in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre die Wahl des Vorstandes vor. Bis auf den zweiten Schriftführer, als der der Oberbürgermeister Scheika neugewählt wurde, blieb der alte Vorstand im Amt. Hieran wurde der Geschäftsbericht gegeben. Bezüglich des zu entscheiden, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre die Stadtväter zu einer außerordentlichen und 23 ordentlichen Sitzungen zusammenkamen, in denen 34 Beschlüsse erlassen wurden. Von den 36 Stadtvätern nahmen nur 5 an allen Sitzungen teil; fünf fehlten einmal, 3 zweimal, 4 dreimal, 6 viermal, 3 fünfmal, 2 sechsmal, 1 siebenmal, 2 achtmal, 1 neunmal, 1 zehnmal, Gesamtzahl Dr. Köhler 11, 12, 13, 14, 15 und 16. Die Tagesordnung wurde beschlossen, die Beschlüsse für die einzelnen Beschlüsse nur auf die Dauer von 20 Jahren zu erlassen. Hieran folgten Beschlüsse in bezug auf die verschiedenen Departements. Folgende Erlasse für 1918 wurden beschlossen: **Stadthaus:** Einnahme und Ausgabe 5150 Mark; **Kranken-Hospital:** Einnahme und Ausgabe 7310 Mark; **Arbeitsamt:** Ausgabe 33.770 Mark; **Stadtbibliothek:** Einnahme und Ausgabe 10.310 Mark; **Stadtbibliothek:** Einnahme und Ausgabe 240 Mark. — Der Etat der Gewerbesteuer wurde an 1.1.18 mit 1.1.18, des Etat der Hauptertragsteuern

Vierter Parteitag der Sozialdemokratie Preußens.

Wir fügen vorerst noch einmal die Rede des Genossen...

Ende der achtziger Jahre schrieb die „Berliner Volks-...“ es sei Zeit, daß der preussische Landtag verfaßt...

Berlin, 8. Januar 1913.

In der fortgesetzten Diskussion über die bevorstehenden Landtagswahlen wendet sich...

Adolf Hoffmann: Berlin: Wir sechs im Landtag brauchen bringen Verhinderung, aber aus eigener Kraft...

Frühlich-Altona stimmt Gewährungsanregung neuer Wahlrechtswahlrecht aus...

Ein Antrag Bernstein.

unterstützt von Breslau, Magdeburg und anderen, will die Resolution dahin abändern...

Ein Antrag Behrens und Genossen wünscht einen Absatz B, worauf in mehrmännigen Wahlkreisen...

Veracruz: Berlin! Ich meine, daß die Reichsverbandsmethoden des Freisinn das Vertrauen...

Landtagsabgeordneter Reimer: Hannover ist für die Resolution der Landeskommission...

Scheide-Beckum befürwortet die Einleitung der Resolution als antiparlamentarisch...

lange wie das aber den Genossen nicht klar machen können, werden wir auch das Dreiklassenwahlrecht nicht...

Landtagsabg. Erzbei: Berlin: Gerade wegen der Vorkammer Kritik, die völlig unrichtig ist...

Ein Schlußantrag wird angenommen. Im Schlußwort wendet sich...

Der Redner hebt den sehr erfreulichen Verlauf der Diskussion und die Einigkeit...

die Unterstützung von Zentrumskandidaten zur Möglichkeit.

Will Bernstein lieber die Kuh verachten, als Kuhhandel zu treiben? Das scheint...

Der Referent bespricht dann die verschiedenen Anträge und meint zu dem Bernstein'schen...

Der nächste Punkt: „Die Sozialpolitik im preussischen Landtag“ wird von der Tagesordnung abgesetzt...

Resolution der Landeskommission abschließend einstimmig angenommen.

(Vehementer Beifall.) Angenommen wird auch ein Antrag Gewehr-Elberfeld...

Der nächste Punkt: „Die Sozialpolitik im preussischen Landtag“ wird von der Tagesordnung abgesetzt...

Ein Antrag Breslau, den Parteivorstand zu ersuchen, an zuständiger Stelle zu veranlassen...

Kahnenstein begründet eine Resolution gegen die Polen- und Dänen-Politik.

Der Redner erhebt diese Fragen auf dem nächsten preussischen oder Deutschen Parteitag...

Weiter liegt eine Resolution vor, die die Untätigkeit der Regierung gegenüber der Fleischsteuerung...

Haberland-Dülsdorf dankt dem Bureau für die umsichtige und unparteiische Leitung...

Vorsitzen: er Eugen Ernst: Wir haben in den drei Tagen ein reiches Stoffe Arbeit geleistet...

den bevorstehenden Landtagswahlkampf.

Wir sind einig über die Notwendigkeit, die Massen über ihre Rechtlosigkeit aufzuklären...

Die Delegierten stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein und singen zum Schluß...

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung, Mittwoch, den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Zur Bundesratsitzung: Waderyapp. Präsident Dr. Cohn: Ich wünsche...

Das Haus lehnt die Erteilung der Genehmigung zur Einleitung eines Privatbeleidigungsprozesses...

Wagenmangel:

Was denkt der Reichsanwalt als verantwortlicher Leiter des Reichseisenbahnwesens...

Abg. König-Hagen (103.)

vergründet die Interpellation. Der Anlaß zu unserer Interpellation ist keineswegs...

Die Zahl der Wagen, die auf Anforderungen der Industrie nicht gestellt wurden...

Die Zustände waren aber auch miserabel.

Alle Nebenreden im Ruhrrevier waren voller Bitterzüge, die auch zur Erreichung...

ihren Familien nur etwas Meißel hätten beschaffen können. Die Kapitalisten freilich...

von einer Entschädigung der in Kautschuk-Gruben Beschäftigten für die Verletzungen, da sollte man auch den Bergleuten Schadloshaltung durch das Grubenkapital zubilligen. Wenn die Arbeitgeber übrigens aus der Kalamität Argumente gegen den Staatsbesitz ableiten wollen, so frage ich, ob denn in der Bergbauindustrie immer alles tabellarisch knappt. Die Grattillationen müssen unbedingt allen Eisenbahnern zuzuwenden, die an der kolossalen Ueberarbeit teilzunehmen müssen. Eine Präventivmaßnahme darf hier nicht eintreten. Auf manche der geplagten Beamten kommen übrigens höchstens geringe Beträge. (Sehr wohl bei den Soz.) Hat man wirklich die Wagen für den Nachlieferungsfall zurückgehalten? (Hört, hört! links.) Anstatt den Ausgleichsfonds der Staatsbahnen so kolossal zu stärken, sollte man lieber die

Offenbahnen und insbesondere die Wasserstraßen ausbauen.

Gehe müssen die Eisenbahnüberschüsse dazu dienen, die direkten Steuern der Westländer niedrig zu erhalten. Mithin ist an dieser Wirtschaft ist auch die Reichsregierung, die ihr Aufschwung recht nicht ansieht. Vom Dreiklassenhaufe ist Abhilfe nicht zu erwarten; erst wenn das preussische Volk das allgemeine gleiche, gleiche und gleiche Wahlrecht erlangen wird, wird es auch mit der Wirtschaftspolitik der preussischen Staatsbahnen besser werden und sie wird betrieben werden müssen im Interesse des gesamten Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzopp:

Diese im wesentlichen innerpreussische Angelegenheit, insbesondere auch die Lohnausfälle, sind vom Preussischen Landtag eingehend besprochen worden. Ich kann das nur insoweit tun, als nötig ist, um zu prüfen, ob ein Anlaß zum Eingreifen des Reiches gegeben war. Der Redner gibt die aus den wiederholten Ministerreden bereits bekannte Darstellung über den Umfang der Wagenmangel im Ruhrrevier, die dagegen ergriffenen verschiedenen Maßnahmen und bestreitet, daß Personalmangel daran schuld sei. Die Verkehrsentwicklung geht ständig aufwärts, wenn auch in einer Wellenlinie, und die preussische Eisenbahnverwaltung hat Vorzüge getroffen, daß der normal zu erwartenden Verkehrssteigerung Rechnung getragen werde. Daß die Verkehrssteigerung plötzlich so außerordentlich sein würde, konnte nicht vorhergesehen werden. Für das Reichseisenbahnamt lag also keine Veranlassung zu irgend einem Eingreifen vor. Lediglich hat der preussische Eisenbahnminister versprochen, in Rücksicht auf die Erfahrungen von 1912 Maßnahmen zu treffen, um in Zukunft noch größere Verkehrssteigerungen bewältigen zu können. Wir können also ruhig in die Zukunft sehen.

Auf Antrag des Abg. Haase (Soz.) wird in die Besprechung der Interpellation einbezogen.

Abg. Dr. Bell (Zentr.) nimmt das Dreiklassenhaus gegen die ungerechtfertigten Angriffe des Abg. König in Schutz, denn jedes Haus habe alles Erforderliche in der Angelegenheit getan. Die Verkehrssteigerung war von der Industrie sehr wohl vorausgesehen. Der Redner fordert Trennung des Personenverkehrs vom Güterverkehr.

Abg. Schwabach (natl.) beschäftigt sich mit den Ursachen der Kalamität, um daraus die Möglichkeit zur Abhilfe abzuleiten. Die Staatsbahnen sollen in ein bloßes Erwerbsunternehmen sein, sondern sind eine der wichtigsten Faktoren im gesamten Volkswesen. Sie müssen deshalb unter steter Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungsteile geleitet werden.

Abg. Graf v. Kanitz (kons.): Wie bedauern der Wagenmangel und seine Folgen sehr, aber es ist doch im Landtag genug darüber geredet worden. Kein Staat der Welt hat so gut ausgestattete Eisenbahnen wie Preußen! Könnte man nicht die Eisenbahnen etwas mehr durch Transport der Güter auf dem Wasserweg, auch über Dortmund-Ems-Kanal-Nordsee-Kanal, Wülfen Kanal, entlasten? Durch die jetzigen Kohlenfrachtlage ist der Verkehr zur Nordsee auf dem Dortmund-Ems-Kanal, der doch für diesen Verkehr gebaut ist, nur vermindert worden.

Abg. Dove (Vpl.): Anstatt daß das Reichseisenbahnamt sein Aufsichtsrecht ausübt, um solche durch mangelnde Voraussicht der Eisenbahnverwaltung mitverschuldete Zustände zu vermeiden, erklärt es, nur der mehrjährige Verkehr sei daran schuld. (Beifall.) Schon 1889 forderte der Reichstag ein Reichseisenbahngesetz, das entsprechend der Reichsverfassung die Rechte des Reichseisenbahnamts präzisieren. Aber wir haben es heute noch nicht. Statt daß das Reichseisenbahnamt hier als Vertreter der preussischen Verwaltung auftritt, sollte es sich beim Reichstag die Unterstützung holen, um dem preussischen Verkehrsmangel entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Sornik (Volk) bepricht den Wagenmangel in Ober-Schlesien, rügt die Reichsregierung Untertätigkeit der Eisenbahnverwaltung auf den preussischen Fiskus vor und schließt die Erzeugung unter der Arbeiterklasse wegen der Lohnverluste.

Das Haus verlegt sich.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr (Fortsetzung der Besprechung, Wahlprüfungen, keine Vorlagen).
Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

108. Sitzung, Mittwoch, den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr.
Am Ministertisch: Dr. Lenzke, v. Dallwitz, Sydow, Breitenbach.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung mit herzlichsten Wünschen für das neue Jahr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Abg. Kretsch (kons.) eine Erklärung zu seinen Neuierungen bei der Debatte über das Koalitionsrecht der Feuerwehrgenossen ab. Er hatte damals erklärt, auch der Oberbürgermeister von Breslau, Dr. Bender, habe die Feuerwehrgenossen in ihrer Koalitionsfreiheit belästigt. Dr. Bender habe ihm daraufhin geantwortet, er habe seinem Branddirektor ausdrücklich gesagt, er wolle nicht, daß die Mannschaften über das nötige Maß in ihrer Freiheit beschränkt würden.

Darauf erhält das Wort der

Einbringung des Etats
Finanzminister Dr. Lenzke: Bei der Aufstellung des Etats für 1913 ergab die wirtschaftliche Lage folgendes Bild: Die

Landwirtschaft hatte eine gute Ernte gehabt. Schiffahrt, Handel und Industrie erholten sich langsam von dem Rückgang des Jahres 1907. Die Wirtschaft hat in allen Industrien sehr zugenommen. Dagegen wirkte hemmend die Ungewißheit, ob der Stahlwerksbau und das Kohlenhandwerk wieder zustandekommen würden. Alles in allem war ein Aufschwung der wirtschaftlichen Lage unverkennbar. Nebenbei war das Bild des Etats. Dieser war infolge des Rückgangs der Konjunktur und infolge der Erhöhung der Besoldungen seinerzeit stark überlastet worden und hatte in den letzten Jahren zum Teil mit erheblichen Fehlbeträgen abgeschlossen. Jetzt wurde mit einer wesentlichen Vermehrung der Einnahmen gerechnet, aber auch die starke Zurückhaltung der früheren Jahre bei den Ausgaben konnte nicht länger stattfinden, sonst hätten wichtige Staatsaufgaben Schaden gelitten. Dank dem Aufschwung der Industrie sind

die Einnahmen aus den Eisenbahnen und Bergwerken

erheblich in die Höhe gegangen. Der Etat von 1911 schloß daher mit keinem Fehlbetrag, sondern mit einem Ueberschuß von 7,8 Millionen ab und 172 Millionen konnten dem Ausgleichsfonds überwiesen werden. (Hört, hört!) Der Ueberschuß wird zur Tilgung der Staatsschulden verwendet werden. Ebenso günstig ist das Ergebnis der Rechnung für 1912. Es schließt mit einem Reichtumsüberschuß von 19 Millionen und einer Verstärkung des Ausgleichsfonds um 150 Millionen ab. (Lebhafter Beifall, hört, hört!) Infolge der im Westen vorgekommenen Verkehrsstörungen hat sich aber die Einbringung eines Nachtragsplans notwendig gemacht, der sofort

Mittel für Erweiterung der Bahnanlagen

in verschiedenen Direktionsbezirken vorliegt, sowie eine Verfühlung des Remunerationssystems, im Hinblick auf die übermäßige Inanspruchnahme des Eisenbahnpersonals. Außerdem soll aus dem Nachtragsetat eine Erhöhung des Unterhaltungsplans für Beamte erfolgen. Es sind in den letzten drei Jahren 10 Millionen Mark solcher Unterhaltungen gezahlt worden. Die Reglerung hofft, daß es den Beamten mit Hilfe dieses Fonds gelingen wird, der Teuerung Herr zu werden. Die vom Abgeordnetenhaus der Regierung zur Berücksichtigung überwiesenen Unterbeamtenpositionen auf Gehörerschaft von

Teuerungszulagen konnten wir nicht berücksichtigen.

(Hört, hört! links.) Teuerungszulagen haben zur Voraussetzung eine ansehnliche Erhöhung der Besoldung, weil man den Beamten die Teuerungszulagen nicht wieder entziehen kann, wenn sie sich einmal darauf eingerichtet haben, und zu einer solchen Erhöhung der Besoldungen fehlen uns zurzeit die Mittel. Auch darüber die letzte Besoldungsordnung erst von 1909. Die Beamten müssen daher, gerade so gut wie die anderen Staatsbürger, versuchen, sich mit der Teuerung abzufinden. (Sehr richtig! rechts.) Die Aussichten für das Jahr 1913 sind recht günstig, doch sind noch an verschiedenen Stellen Schatten bemerkbar. Die Getreideernte von 1912 war quantitativ von ganz außergewöhnlichem Umfange, man könnte sie fast eine Rekorderte nennen. (Hört, hört!) Qualitativ mußte sie sich dagegen ab.

Durch das Regenwetter wurden große Teile der Ernte so stark beeinträchtigt, daß sie nur noch zu Futterzwecken dienen konnten. Auch die Weinernte wurde in letzter Stunde durch Nachfröste vielfach vernichtet. Recht schwierig gestaltete sich auch

die Fleischversorgung.

Infolge des Mangels an Schlachttieren gingen die Fleischpreise sehr stark in die Höhe. Durch die ergriffenen Maßnahmen wird es hoffentlich gelingen, die Preise bald wieder auf einen erträglichen Zustand herabzubringen. Die Beschäftigung von Schiffahrt, Handel und Industrie war 1912 außerordentlich stark. Nur das Bauwesen und die Kleinfabrikindustrie, die Lederindustrie und Teile der Zelluloseindustrie hatten schlimme Zeiten. Gegenwärtig sind gar keine Zeichen erkennbar, die auf einen Rückgang der Konjunktur schließen ließen. Die Erneuerung des Stahlwerksverbandes hat die Lage besorgt, nur der hohe Geldstand könnte, wenn er noch länger anhält, die Unternehmungslust schwächen und einen Umschwung der Konjunktur herbeiführen.

Die Ursachen des hohen Geldstandes

liegen zum Teil in der außerpolitischen Lage. Wir wollen hoffen, daß die drohenden Wolken am politischen Himmel abziehen, ohne Schaden anzurichten. Das wirtschaftliche Leben würde davon großen Vorteil haben. Infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung können wir zum ersten Male seit 1908 einen Etat vorlegen, der das Gleichgewicht hält, ohne daß eine Anleihe nötig wird. (Bravo!) Das ist aber nur dadurch möglich, daß alle Einnahmequellen einschließlich der Steuerzuschläge herangezogen werden. Der Etat bilanziert mit 4496 Millionen Mark. Die Ueberweisung in den Ausgleichsfonds beträgt 33,4 Millionen. Unerwartet schnell sind die Verwaltungsaufgaben geblieben. Allein der Zuschuß zum Elementar-Unterhaltungsplan erfordert Mehraufwendungen von 3,6 Millionen. Wollen wir nicht wieder in eine Defizitperiode hineingeraten, so müssen dem Etat

alle Einnahmequellen einschließlich der Steuerzuschläge

erhalten bleiben. (Unruhe.) — In der Presse liest man oft Klagen über die Höhe der Reichsschuld. Aber Preußen hat sehr viel höhere Schulden als das Reich und eine viel geringere Schuldentilgung. Im Reich kann man schon in 50 Jahren mit einer endgültigen Abklopfung der Schulden rechnen, während wir in Preußen bei der bisherigen Schuldentilgung erst nach 231 Jahren zu diesem Ziel können. Das wäre unerträglich, wenn wir nicht wenigstens für die Eisenbahnen neben der gesetzlichen noch eine freiwillige Schuldentilgung hätten. Jedenfalls müssen wir auch in Preußen zu einer wirklichen Schuldentilgung gelangen. Im vorliegenden Etat sind dafür keine Beträge vorgesehen. — Der Minister geht nun auf die einzelnen Etats näher ein. Die Entwürfe der direkten Steuern sind im Hinblick auf die günstige Konjunktur wesentlich höher eingestellt worden. Das Kinderprivileg hat eine erhebliche Entlastung der unteren Steuerklassen herbeigeführt. — Die Verzeichniseinnahmen der Eisenbahnen sind um 7 Prozent höher geschätzt. Der Ausgleichsfonds wird Ende 1913 vermüt-

lich 375 Millionen anhalten. Für 1913 sind gegenüber 1912 65,5 Millionen mehr eingeplant. Auch das Personal nimmt stark zu. Der Fonds für Ulfensjonen ist beträchtlich erhöht worden. Mit der ersten Rate für die Mainauanleihe oberhalb Offenbach soll den Württembergischen Bayern entgegengeworfen werden. Die Aufwendungen für das gewerbliche Schulwesen sind um 650.000 Mark, die Fonds zur Förderung der Landwirtschaft um 1.450.000 Mark, der Jugendpflegefonds um eine volle Million erhöht worden. (Bravo!) Auch ist die Jugendpflege auf das weibliche Geschlecht ausgedehnt worden. Es ist dringend notwendig, daß sich immer weitere Kreise in den Dienst dieser guten Sache stellen. Die Regierung ist bereit, wenn notwendig, diese Mittel zu vergrößern. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wir können also mit voller Befriedigung feststellen, daß der Milliardenetat ohne Zuschauenteilen

bilanziert und daß ein stätlicher Reservefonds gebildet ist. Von einer Ueberschätzung unserer Finanzlage müssen wir uns freilich hüten. Ohne günstige Konjunktur wären wir lange nicht so weit gekommen. Die Stimmen, die jetzt eine Aufhebung der Steuerzuschläge fordern (Lebhafter Beifall), vergessen, daß auch gute immer wieder schlechte Zeiten folgen, und daß wir auch für kommende große Ausgaben die nötigen Mittel haben müssen. Die preussischen Staatsfinanzen gelten in der ganzen Welt als gut und solide. Wir hoffen in der Zukunft auf eine Zahl von beschaffen Jahren. Der Weg steht offen, es steht an uns, ihn zu beschreiten und nicht wieder zu verlieren. (Lebhafter Beifall.) Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Samstag 11 Uhr: 1. Beratung des Etats.
Schluß gegen 4 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Mit diesem Titel erscheint in einigen Tagen ein Buch aus der Feder der Genossin Rosa Luxemburg im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H. Berlin SW. 68. Preis broschiert 6 Mark, Halbbroschur 8 Mark. Der Verlag schreibt uns über den Inhalt des Buches das Folgende:

„Das Buch ist ein Versuch, den Imperialismus als eine Erscheinung, die das öffentliche Leben immer mehr beherrscht, auf seine eigentlichen ökonomischen Ursachen zurückzuführen. Die imperialistische Politik wird hier durch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge in die besonderen (siehe der kapitalistischen Produktion) eingefügt. Die Arbeit ist vorwiegend theoretisch-ökonomischer Natur, gibt aber zugleich eine historische und kritische Darstellung des Problems, das die Nationalökonomie seit jeher auf lebhafteste beschäftigt. Angesichts der Zerissenheit und Mannigfaltigkeit der Tagesgeschichte wird es zur bringenden Notwendigkeit, die heterogenen Erscheinungen ins Auge zu fassen. Die imperialistische Entwicklung ins Auge zu fassen. Die imperialistische Entwicklung ins Auge zu fassen. Die imperialistische Entwicklung ins Auge zu fassen. Die imperialistische Entwicklung ins Auge zu fassen.“

Bestellungen nehmen jetzt schon alle Buchhandlungen entgegen.

Briefkasten.

S., Frankfurtstraße. 1. In jedem Falle haben Sie die Pflicht, die Wohnung zur Verpflegung bereit zu halten. Galt es nicht anders, so müssen Sie dem Wirt den Schlüssel zur Wohnung auf die nötige Zeit überlassen. Sie können den Schlüssel selbstverständlich auch einem Mieter übergeben. Als Verpflegungzeit werden in der Regel die Stunden von 10 bis 3 Uhr angesetzt.

D., Jalenze. 1. Börsenblatt für den deutschen Buchhandel in Leipzig. 2. Die Zeitungs-Kataloge sind im Buchhandel nicht zu haben. 3. Nein, das glauben wir nicht; wir raten Ihnen, sich darauf nicht einzulassen.

N., Gleiwitz. Ein ausführlicher Rat ist nur möglich aus der Hand der Eltern und nach mancherlei persönlichen Rückfragen. Wir empfehlen Ihnen deshalb, sich an das Arbeiter-Sekretariat in Katowitz zu wenden.

G., Bayern. Sie scheinen in solchen Dingen sehr wenig Erfahrung zu haben. Der Wirt ist im Recht. Besonders Ihre Eltern können unter Umständen von diesen Besuchen den schwersten Schaden haben.

S., Matthäusstraße. 1. Von mehreren Angeklagten kann einer allein Verurteilung einlegen. 2. Das Landgericht und das Oberlandesgericht. 3. Nein. 4. Ist Verurteilung eingelegt, so wird der Strafprozess vorläufig ausgesetzt.

A. W., Briesg. 1. Auf beiderseitigen Willen wird in Deutschland keine Ehe geschieden. 2. Ja. Wenn die Kinder zu fallen, entfällt das Gericht.

A. G., Strahlen. Sie müssen spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres kündigen.

A. H. S. Leider ist in diesem Falle das gesetzliche Recht auf der Seite des Hauswirts. Der Mietvertrag wird offenbar so lauten wenn bis zu einem bestimmten Tage die Miete nicht gezahlt ist, so kann der Wirt die sofortige Räumung verlangen. Versuchen Sie, sich mit dem Wirt in Güte zu einigen.

H. A. Die Handwerker-Ausstellung auf dem Friedeberg in Breslau war im Jahre 1904.

G., Goldberg. 3. Müller, Uhrengeschäft in Breslau I, Am Rathaus 23.

G. R. S. Altersrente kann die Mutter nicht bekommen, da zu wenig Marken gelebt sind; sie soll aber eine Invalidenrente verlangen.

K., Krefeld. Hat sich Ihr Sohn die Krankheit durch den Dienst zugezogen, so muß der Bauer den Lohn für die Zeit der Krankheit zahlen. Wenden Sie sich an den Amtsarzt; nicht das nichts, dann verfahren Sie den Mann beim Amtsgericht.

S., Glogau. 1. Das Steuerzahler hat mit der zweiten Klasse des Soldatenstandes garnichts zu tun. Wer also beim Militär in die zweite Klasse verlieh wurde, muß nach der Entlassung wie jeder andere Bürger seine Steuern zahlen. 2. Schreiben Sie an die Berufsorganisation des Vaters.

... Open Air-Festivals Mahlkaffee kein Süßholz im Zaun...

1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000